



## Plenum

130. Sitzung

München, Dienstag, 13. Dezember 2022, 14:00 bis 16:51 Uhr

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO** auf Vorschlag der AfD-Fraktion

**"Für eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik! Realismus statt Ideologie, Eigeninteresse statt Selbstaufgabe!"**

Richard Graupner (AfD).....	18067
Karl Straub (CSU).....	18068
Gülseren Demirel (GRÜNE).....	18071 18074
Alexander Hold (FREIE WÄHLER).....	18074
Arif Taşdelen (SPD).....	18077
Martin Hagen (FDP).....	18078
Gudrun Brendel-Fischer (CSU).....	18079 18080 18081
Katrin Ebner-Steiner (AfD).....	18081
Petra Guttenberger (CSU).....	18083
Staatsminister Joachim Herrmann.....	18084

### Abstimmung

**über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Beschluss..... 18085

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze**  
(Drs. 18/25588)

- Erste Lesung -

Verweisung in den Sozialausschuss..... 18086

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften** (Drs. 18/23363)

- Zweite Lesung -

hierzu:

**Änderungsanträge** der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER  
(Drsn. 18/24855 und 18/25626),

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn.  
18/24650 mit 18/24659),

**Änderungsanträge** der SPD-Fraktion (Drsn. 18/24843 mit 18/24847),

**Änderungsanträge** der FDP-Fraktion (Drsn. 18/24766 mit 18/24780)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses ([Drs. 18/25641](#))

Eric Beißwenger (CSU).....	18086	18088
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....	18088	18090 18094 18096
Martin Stümpfig (GRÜNE).....	18088	18091 18093 18101
Hans Ritt (CSU).....		18091
Benno Zierer (FREIE WÄHLER).....	18092	18093
Florian von Brunn (SPD).....	18095	18096 18102
Christoph Skutella (FDP).....		18097
Staatsminister Thorsten Glauber.....	18098	18101 18102 18103
Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU).....		18103
Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Änderungsantrag 18/24654.....		18104
Beschluss en bloc zu den GRÜNEN/SPD/FDP-Änderungsanträgen 18/24650 mit 18/24653 und 18/24655 mit 18/24659, 18/24766 mit 18/24780 und 18/24843 mit 18/24847.....		18104
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 2).....		18104
Beschluss zum Gesetzentwurf 18/23363.....		18105
Schlussabstimmung.....		18105
Erledigung der CSU/FW-Änderungsanträge Drs. 18/24855 und 18/25626...		18105

**Antrag** der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)

**Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten!** ([Drs. 18/24147](#))

Beschlussempfehlung des Wissenschaftsausschusses ([Drs. 18/25352](#))

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....	18105	18108 18110
Dr. Stephan Oetzinger (CSU).....		18107 18108
Susanne Kurz (GRÜNE).....		18108 18111
Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER).....		18111 18113
Ralf Stadler (AfD).....		18112
Markus Bayerbach (fraktionslos).....		18113
Inge Aures (SPD).....		18113
Helmut Markwort (FDP).....		18114
Namentliche Abstimmung.....		18115
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 3).....		18115
Schluss der Sitzung.....		18116

(Beginn: 14:00 Uhr)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 130. Voll-sitzung des Bayerischen Landtags.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion**

**"Für eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik! Realismus statt Ideologie, Eigeninteresse statt Selbstaufgabe!"**

Sie kennen das Prozedere: Jeweils fünf Minuten Redezeit oder zehn Minuten unter Verzicht auf einen Redner. – Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist für die AfD-Fraktion der Kollege Richard Graupner.

(Beifall bei der AfD)

**Richard Graupner (AfD):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die grausige Tat von Illerkirchberg ist uns allen noch in frischer Erinnerung. Ein 27-jähriger Eritreer bedankte sich für die Wohltaten des deutschen Sozialstaats mit einem heimtückischen Angriff auf zwei minderjährige Mädchen, die nichts ahnend auf dem Weg zur Schule waren. Eines der beiden starb durch das Messer unseres schutzbedürftigen Gastes, das andere wurde schwer verletzt und lebenslang traumatisiert.

Die 14-Jährige ist nicht das einzige und wird leider auch nicht das letzte Opfer migrantischer Gewalt sein. Bereits 2019 war es in dem beschaulichen Örtchen zu einer brutalen Vergewaltigung einer ebenfalls 14-Jährigen durch vier Asylbewerber gekommen. – Die Bürger der Gemeinde Illerkirchberg haben bei den letzten Landtagswahlen mit über 35 % grün gewählt, und sie haben damit jener Partei ihre Stimme gegeben, welche wie keine andere für die ideologisch verblendete Einwanderungspolitik Deutschlands steht,

(Tim Pargent (GRÜNE): Ihr hetzt!)

die solche menschlichen Tragödien als Kollateralschäden wie auch jetzt wieder kaltschnäuzig in Kauf nimmt.

(Beifall bei der AfD)

Migration wird uns als etwas schicksalhaft Gegebenes, stets Bereicherndes verkauft. Dabei erleben viele Landsleute in ihrem Alltag etwas völlig anderes, weil sie sich beim Einkaufsbummel in der Innenstadt kaum noch in ihrer Muttersprache verständigen können, weil ihre Städte zunehmend in Parallelgesellschaften zerfallen, weil die Frauen als sexuelles Freiwild angesehen werden – von Männern aus patriarchalischen Kulturkreisen. Diese Menschen merken, dass ihre Heimat Stück für Stück unwiederbringlich verloren geht, aber trauen sich nicht, etwas zu sagen, um nicht stigmatisiert und ausgegrenzt zu werden. Die AfD als politischer Anwalt dieser Menschen ist angetreten, dies zu ändern;

(Beifall bei der AfD)

denn für uns ist Heimat dort, wo man sich nicht erklären muss, und nicht ein Land, in dem jeden Tag das Zusammenleben neu ausgehandelt werden muss.

Wir sagen klar: Es ist eine Lüge, dass wir unsere Grenzen nicht sichern könnten. Die Pläne dafür waren 2015 ausgearbeitet; nur der politische Wille fehlte. Es ist eine Lüge, dass vor allem die Schwachen, Verfolgten und Schutzbedürftigen zu

uns kommen. Wer die strapaziöse Sozialwallfahrt aus Arabien oder Afrika bestehen will, der braucht eine gute körperliche Kondition und genügend Geld, um die Schleuser bezahlen zu können. Es ist eine Lüge, dass vor allem gut ausgebildete Fachkräfte einwandern. Der Migrantenanteil bei den Hartz-IV-Beziehern ist seit 2016 von 25 auf 45 % gestiegen. 71 % der seit 2015 eingewanderten Migranten haben keinerlei Berufsabschluss.

Immer mehr Länder Europas machen diese migrationspolitische Geisterfahrt nicht mehr mit und steuern teils radikal um. Je mehr sich aber Deutschland in Europa isoliert, umso verbissener scheinen die Etablierten ihren Kampf gegen das eigene Land und seine Menschen zu führen. Der einwanderungspolitische Amoklauf der Ampel-Regierung zeigt dies doch nachdrücklich, ob durch Ausweitung der Einbürgerungsansprüche, Erleichterung des Familiennachzugs oder jetzt das sogenannte Chancen-Aufenthaltsrecht. Mit dem Migrationspaket 1 darf de facto jeder bleiben. Dreistigkeit und Lügen werden belohnt.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Selbst schwerste Straftäter, wie jetzt den Vergewaltiger von Illerkirchberg, weigert sich Frau Faeser abzuschieben. Ihre vollmundig angekündigte Rückführungsoffensive ist eine Blendgranate.

Gegen diesen selbstzerstörerischen Kurs setzt die AfD eine Politik, die sich an den Realitäten orientiert und von patriotischem Selbstbewusstsein getragen ist.

(Beifall bei der AfD)

Wir beziehen klar Position. Es ist erlaubt, darauf zu verweisen, dass die übergroße Mehrzahl derjenigen, die nach Deutschland kommen, weder asylberechtigt ist noch dass es Kriegsflüchtlinge sind, und es ist erlaubt zu sagen, dass, je größer die kulturelle Distanz der Einwanderer ist, desto geringer die Wahrscheinlichkeit einer gelingenden Integration ist. Ein kurzer Blick in die Kriminalstatistik bestätigt das. Vor allen Dingen ist es erlaubt, die Belange des eigenen Landes, des eigenen Volkes als politische Maxime zu vertreten. So fordert es nämlich auch der Amtseid, den unsere Regierenden zu leisten haben.

All diese Überlegungen münden für uns in ganz konkrete zuwanderungspolitische Forderungen. Die dringlichsten, um den Untergangskurs der Ampel in letzter Minute aufzuhalten, sind: eine sofortige Schließung der Grenzen, eine strikte Zurückweisung jedes Illegalen, eine konsequente Abschiebung aller abgelehnten und straffällig gewordenen Asylbewerber, eine Unterbindung des Familiennachzuges, die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen und die Rückkehr zu einem Staatsangehörigkeitsrecht, wie es bis 1999 Gültigkeit hatte.

(Beifall bei der AfD)

Unser Deutschland, unsere Heimat auch noch für die nächsten Generationen zu erhalten, sind wir unseren Kindern und Enkeln, unseren Eltern und Großeltern und nicht zuletzt unserem eigenen Gewissen schuldig.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht für die CSU-Fraktion zehn Minuten der Kollege Karl Straub.

**Karl Straub (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wundere mich, wie Sie das Thema Migrationspolitik einengen und wie Sie zu der Behauptung kommen, dass dieses Jahr die meisten Flüchtlinge keine Kriegsflüchtlinge sind. Soweit mir bekannt ist,

(Zuruf von der FDP)

sind dieses Jahr 1,1 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Ich frage Sie: Was sind die Menschen aus der Ukraine, wenn sie keine Kriegsflüchtlinge sind? – Beantworten Sie bitte diese Frage.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Noch etwas vorweg: Migrationspolitik besteht nicht nur aus Asylpolitik. Sie haben ausschließlich über Asylpolitik gesprochen. Das ist die typische enge Sicht der AfD auf Migrationspolitik. Wir brauchen nämlich auf der anderen Seite durchaus auch Migration. Wir haben sie immer gebraucht. Ich möchte betonen: Bayern war schon immer ein Einwanderungsland, wobei es natürlich auch Dinge gibt, die durchaus problematisch sind.

Wir beantworten die Fragen sehr deutlich anders als die AfD, aber auch anders als die Ampelkoalition.

Lassen Sie uns einmal die Fakten ansehen. Die Zahl der neu registrierten Asylbewerber – wohlgemerkt: Asylbewerber; den Unterschied kennen Sie ja nicht – in Deutschland beläuft sich dieses Jahr auf 200.000. Wir haben 190.000 Erstanträge und 24.000 Folgeanträge, 43 % mehr als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Das ist ein Problem hinsichtlich der Integration. Das sind sehr, sehr viele Menschen, die zu uns kommen.

Allein im November hatten wir 30.000 Asylersanträge. Die Hauptherkunftsländer waren Syrien, Afghanistan und die Türkei. Ich habe gerade schon erwähnt: Zusätzlich dazu müssen wir die Aufnahme von 1,1 Millionen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine in den Griff bekommen. Ich darf schon betonen: Ja, wir müssen den ukrainischen Flüchtlingen helfen. Ich meine aber auch, dass wir mehr europäische Solidarität brauchen. Wir haben beispielsweise zehnmal mehr Flüchtlinge als Frankreich aufgenommen. Ich denke, das muss man schon auch deutlich ansprechen.

(Zuruf: Vive la Grande Nation!)

Hier ergeben sich Problembereiche. Wie gesagt, sind es zusammen knapp 1,3 Millionen Menschen. Das entspricht einer sehr großen Stadt in Deutschland, die wir hier auf einmal aufnehmen. Wir reden jetzt schon wieder von Unterbringung in den Turnhallen. Ich denke, wenn es so weit kommt, wird die Akzeptanz in der Bevölkerung leider Gottes nach unten gehen. Wir haben die Corona-Pandemie hinter uns, in der vielfach kein Schulsport durchgeführt werden konnte. Ich denke, dass man das sehr ernst nehmen muss. Wenn wir jetzt wieder Turnhallen belegen, dann wird es problematisch. Andere Unterkünfte sind vor allem in Bayern, insbesondere auch in meiner Region, kaum noch zu finden.

Bildung ist ein weiteres Problem, das man auch mal ganz offen benennen muss, wenn man die Asylpolitik der letzten Jahre anspricht. Manche in der Ampelkoalition sehen keine Grenzen, wie viele wir aufnehmen können. Ich bekenne mich ganz klar zu unserem Asylgesetz. Ich bekenne mich dazu, dass wir Kriegsflüchtlinge aufnehmen müssen. Aber wir dürfen unser Land auch nicht überfordern.

Verschiedene Studien der jüngsten Zeit besagen, dass viele Kinder in der vierten Klasse nicht mehr rechnen und schreiben können. Auch diesen Punkt muss man mal ganz offen ansprechen. Das ist ein Problem der Migrationspolitik der letzten Jahre. Wir müssen hier Lösungen finden, denn Bildung ist unser größtes Kapital in Deutschland.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich möchte hier auch ganz deutlich die Reihenfolge ansprechen, in der die Ampelkoalitionäre vorgehen wollen, um die Probleme angeblich zu lösen. Ich glaube nämlich, dass die Reihenfolge verkehrt ist.

Lieber Herr Hagen, Sie betonen immer wieder die Rückführungsoffensive. Ich sehe sie nur nicht. Sie haben letzte Woche wieder im Rechtsausschuss davon gesprochen. Ich gebe auch zu, dass die Durchführung von Rückführungen durchaus anspruchsvoll ist. Aber Sie gehen es nicht mal an. Ich weiß nicht, ob der Rückführungsbeauftragte das tun wird, der das Problem übrigens nicht lösen wird. Nur das Einsetzen eines Rückführungsbeauftragten wird das Problem nicht lösen. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, bitte ich Sie, auch dieses Problem tatsächlich anzugehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben in Deutschland 300.000 ausreisepflichtige Asylbewerber, und ich denke, die Akzeptanz in der Bevölkerung würde steigen, wenn man deren Rückführung tatsächlich mal angehen würde. Aber was machen Sie jetzt? – Sie gehen neue Themen, die ich als sehr problematisch ansehe, als Erstes an. Sie bringen uns nämlich nicht die Rückführung der 300.000 Leute, sondern werden uns noch wesentlich mehr Menschen ins Land bringen. Da ist zum Beispiel das Chancen-Aufenthaltsrecht. Wir sind uns einig, dass es viele sehr gut integrierte Asylbewerber gibt. Ich bin absolut dafür, die Leute hierzulassen, die sich beim Bäcker, beim Metzger, beim Schreiner oder als Automechaniker bewährt haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Aber Leute hierzulassen, die über Jahre ihre Identität verschleiert haben – davon haben wir genug Fälle im Petitionsausschuss – und seit 2013, seit 2014 hier sind, wird, glaube ich, die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht steigern. Ich denke, das gibt neue Pull-Effekte; das können wir uns im jetzigen Moment nicht leisten. Hier wird ein komplett verkehrter Ansatz gewählt. – Wie gesagt, kann man mit uns durchaus darüber reden, gut integrierte Menschen hierzulassen. Aber wer seine Identität über Jahre verschleiert hat, muss wieder zurück in die Heimat.

Wir vermischen auch sehr stark Asyl- mit Fachkräfteeinwanderung. Das sind zwei komplett unterschiedliche Themen. Ich komme etwas später noch mal darauf. Den komplett verkehrten Anreiz setzen Sie beim Staatsbürgerschaftsrecht.

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Zur Fachkräfteeinwanderung: Wenn Sie den Fachkräftemangel über das Chancen-Aufenthaltsrecht beheben wollen, weise ich ausdrücklich darauf hin, dass sich 40 % der Asylbewerber sehr gut integriert haben. Sie haben Arbeitsplätze und zahlen hier Steuern. Aber wir haben auch 60 %, die von Hartz IV leben. Auch diesen Punkt müssen wir angehen. Wir sollten erst die Probleme lösen, die wir haben, bevor wir uns neue ins Land holen. Auch in dem Zusammenhang steht das Thema Bildung ganz oben. Ich habe es vorhin schon mal gesagt.

Kommen wir zur Einbürgerung: Ich denke, dass wir hier den komplett falschen Anreiz setzen. Es gibt da eine große Begehrlichkeit der Menschen, die Sie ansprechen. Das Einbürgerungsrecht, das wir momentan haben, wird den Gegebenheiten, die wir haben, durchaus gerecht.

Die Leute, die zu uns kommen, wollen sich vermutlich erst integrieren, Arbeit finden und sich in unserem Land einleben. Dann ist im Regelfall nach acht Jahren die Einbürgerung rechtzeitig, also so, wie es jetzt ist. Eine Einbürgerung nach drei oder fünf Jahren brauchen wir nicht. Wie soll ein Mensch nach drei Jahren schon vollständig unsere Werte vertreten? Wie soll er selber eigentlich wissen, ob er in Deutschland bleiben will?

Ich halte es für hoch problematisch, dass wir das Ganze unter Hinnahme der Mehrstaatlichkeit machen. Ich denke, dass man sich klar zu Deutschland bekennen muss. Da muss ein klares Zeichen vorhanden sein. Jemand, der Deutscher werden will, muss auch bereit sein, seine bisherige Staatsbürgerschaft abzugeben.

Ich komme zum Schluss: Wir brauchen einen Weg zu einer verantwortungsvollen Politik, realitätsbezogen und nicht ideologisch geprägt. Die Wahrheit liegt wie immer zwischen rechter Hetzerei und links-grüner Ideologie.

Ich möchte es noch einmal betonen: Bayern war immer ein Einwanderungsland. Bayern ist das Land der gelungenen Integration. Da brauchen sich die Regierungsfractionen überhaupt nichts vorwerfen zu lassen. Wir sind weltoffen, wir wollen Menschen haben, die sich bei uns einfügen wollen, die sich bei uns integrieren wollen. Dafür sind wir durchaus offen. Das Wichtigste ist: Wir sollten auf die Bevölkerung hören. Sie hat hier ganz feine Antennen, was richtig und was verkehrt ist. Deswegen gibt es Akzeptanz für Migrationspolitik auf Dauer nur durch eine vernünftige Politik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ebenso zehn Minuten spricht als Nächste die Kollegin Gülseren Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Gülseren Demirel (GRÜNE):** Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Dass die AfD-Fraktion diese Aktuelle Stunde mit diesem Thema besetzt und sie dann auch noch mit der Tragödie der Familie in Baden-Württemberg einleitet, die ihre 14-jährige Tochter verloren hat, ist einfach nur widerlich.

(Zuruf von der AfD: Wie wäre es denn umgekehrt?)

Das müssen wir von uns weisen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Gerade Sie sind doch eigentlich eine Gefahr für die innere Sicherheit und für unsere Demokratie.

(Widerspruch und Lachen bei der AfD)

Das Netzwerk, das gerade aufgedeckt worden ist mit den Verknüpfungen in die AfD hinein, macht mir Angst.

(Andreas Winhart (AfD): Das ist unmöglich! Reden Sie zum Thema! Schämen Sie sich!)

Sie sind diejenigen, die demokratische Mittel nutzen, um die Demokratie abzuschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Andreas Winhart (AfD): Nicht mit dem Finger auf andere Leute zeigen!)

Die AfD ist eher die Gefahr, das kann man nicht oft genug sagen.

Sie setzten das Thema "Für eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik! Realismus statt Ideologie". Haben Sie sich mal überlegt, was Migration für die jetzige Gesellschaft bedeutet und welche Arbeitsbereiche ohne Migration undenkbar sind? Haben Sie Eltern in Altenheimen? Wer pflegt sie denn? Haben Sie Kinder in Kindertagesstätten? Wer betreut sie denn? – Ich könnte da noch viel mehr aufzählen.

Jeder Fünfte in Bayern hat eine Migrationsgeschichte. Über eine Million Menschen sind seit Jahrzehnten in diesem Land erwerbstätig. Und was machen Sie? – Sie arbeiten gegen unser gesellschaftliches Interesse. Sie arbeiten gegen unser wirtschaftliches Interesse in diesem Land.

(Andreas Winhart (AfD): 60 % sind Hartz-IV-Empfänger!)

Sie sind eigentlich diejenigen, die Deutschland eher schwach machen.

(Widerspruch des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Sie sind diejenigen, die sich die Probleme herbeisehnen, damit Sie mit der Angst der Menschen Politik machen können. Das ist nämlich die Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Lieber Kollege Straub, ich musste zweimal lächeln, als Sie den Satz betont haben: Bayern ist ein Einwanderungsland. – Toll, dass es bei der CSU angekommen ist!

Ja, Bayern ist ein Einwanderungsland.

(Katrín Ebner-Steiner (AfD): Leider!)

Aber es reicht nicht aus, Bayern als Einwanderungsland zu bezeichnen. Ein Einwanderungsland braucht klare Strukturen für Integration. Ein Einwanderungsland muss sich mit dem Thema Einbürgerung auseinandersetzen. Ein Einwanderungsland muss das Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse strukturieren. Sich Einwanderungsland zu nennen, reicht leider nicht aus.

Wenn ich wieder den Begriff "180-Grad-Wende" erwähnen darf: Ja, wir wollen eine 180-Grad-Wende. Wir wollen aber eine 180-Grad-Wende in der bayerischen Integrationspolitik. Das ist unsere Forderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben beim Ifo-Institut eine Studie in Auftrag gegeben. Das Ifo-Institut ist ein etabliertes, seriöses Forschungsinstitut, das nichts mit der grünen Partei zu tun hat. Unser Auftrag war es, dass untersucht wird, wie hoch der Arbeitskräftebedarf – einschließlich Fachkräftebedarf – in Bayern ist und inwieweit die aktuellen Strukturen hilfreich sind oder ein Hindernis darstellen.

Das erste Ziel ist das humanitäre Interesse; denn wir sind der Meinung, dass es nicht sein kann, dass Hunderte junge, kräftige Männer und Frauen unter Arbeitsverboten leiden, das heißt nicht arbeiten dürfen, obwohl die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sehr hoch ist. Damit ist das zweite Ziel verbunden, nämlich auch unsere wirtschaftlichen Interessen zu bedienen. Aus jedem Unternehmen, mit dem wir reden, hören wir: Wir brauchen nicht nur Fachkräfte, sondern auch generell Arbeitskräfte, weil es überall fehlt.

Die Zahlen des Ifo-Instituts belegen: Von den Menschen, die eine Migrationsgeschichte haben und zwischen 15 und 65 Jahre alt sind, sind 62 % in Arbeit. Sie sind berufstätig, aber oft unter ihrer Qualifikation. Wenn ich ein Universitätsstudium im Ausland absolviert habe, der Abschluss hier aber nicht anerkannt wird, dann



zähle ich in der Statistik des Jobcenters als "nicht qualifiziert". Auch darüber ist zu reden, weil immer wieder davon gesprochen wird, es finde vor allem eine Einwanderung nicht qualifizierter Menschen statt. Wenn ich die Anerkennung nicht habe, spielt mein Universitätsabschluss in der Statistik überhaupt keine Rolle. Dieses Problem anzugehen, ist auch eine Aufgabe für das Einwanderungsland Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ifo-Institut stellt auch fest: Bei den im Gastgewerbe tätigen Menschen liegt der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern bei 43,4 %. 29 % sind in privaten Haushalten als Personal tätig. Was wären denn die Haushalte mit zu pflegenden Angehörigen, zum Beispiel den Schwiegereltern, ohne das Personal aus den sogenannten Ostblockländern!

Unter den Gründerinnen und Gründern von Einzelunternehmen sind 21,2 % Ausländerinnen oder Ausländer.

Der durchschnittliche Anteil an Ausländerinnen und Ausländern in der Nahrungsmittelherstellung, der Altenpflege und anderen systemrelevanten Berufen liegt bei 15 %. Ich könnte weitere Zahlen nennen.

Das Ergebnis: Ohne Migration, ohne Einwanderung würden in Bayern viele, viele Arbeitsbereiche stillstehen bzw. nicht funktionieren. Wir erleben doch heute schon, dass das angesichts des akuten Arbeits- bzw. Fachkräftemangels teilweise der Fall ist. Versuchen Sie einmal, einen Handwerker zu kriegen!

Und was machen wir? Das Ifo-Institut kommt zu dem Ergebnis: Wir nutzen das Potenzial nicht. Hier sind Menschen, die unter widrigen Umständen Deutsch gelernt haben, weil nicht alle Zugang zu Integrationskursen haben. Hier sind Menschen, die die gesellschaftlichen Spielregeln erlernt haben, aber nicht arbeiten dürfen.

Damit sind wir beim Chancen-Aufenthaltsgesetz. Worauf zielt denn dieses Gesetz ab? Sie haben jahrelang Menschen mit Duldung gezwungen, Sozialhilfe zu beziehen, weil sie nicht arbeiten durften, das heißt keine Arbeitserlaubnis bekommen haben. Das Chancen-Aufenthaltsgesetz besagt: Ihr müsst nicht im Sozialhilfebezug bleiben. Ihr dürft jetzt arbeiten.

Sind Sie dagegen, dass Menschen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können und nicht von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leben müssen? Sind Sie dagegen, dass Kinder endlich eine Perspektive in diesem Land bekommen? – Sie sind doch immer diejenigen, die sagen: Wir wollen nicht, dass eine Abhängigkeit von der Sozialhilfe geschaffen wird. – Dann helfen Sie von der CSU doch dabei, dass das Chancen-Aufenthaltsgesetz gelingt, damit die beschriebene Situation endlich ein Ende findet und die Menschen selbstbestimmt leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Identitätsverweigerer – das ist auch eines der Lieblingswörter, die Sie immer wieder nutzen. Reden Sie einmal mit einem Eritreer oder einem Somalier und sagen Sie ihm: Gehe zu deinem Konsulat oder deiner Botschaft und besorge Papiere! – Sie wissen genau, dass die Konsulate oder Botschaften diese Papiere nicht ausstellen. In Bayern leben zig Eritreer, die seit Jahren von ihrem Konsulat keine Identitätsdokumente bekommen. Wenn sie verheiratet sind, werden sie hier nicht als verheiratet angesehen, weil die deutschen Institutionen die Papiere nicht haben. Kinder bekommen keine Geburtsurkunde. Diese Fälle kennen Sie doch.

Was wollen Sie diesen Menschen sagen? Sind sie schuld daran, dass sie ihre Identität nicht feststellen lassen können? – Sie sind verzweifelt, weil sie eine Aus-

landsvertretung haben, von der sie sich keine Hilfe erhoffen können. Was machen wir mit diesen Menschen? Ein anderes Dokument aus dem Herkunftsland akzeptieren Sie ja nicht; es muss eines vom Konsulat sein. Was machen Sie in diesen Fällen? Sagen Sie es mir doch! Sollen wir diese Menschen in der Sozialhilfe halten? Diese Menschen sagen doch: Wir wollen unseren Lebensunterhalt verdienen.

Das Ifo-Institut kommt auch zu dem Ergebnis: 14 % der Geduldeten waren – Stichtag: Ende Dezember 2021 – erwerbstätig.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin!

**Gülseren Demirel (GRÜNE):** Von den Menschen mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis war knapp die Hälfte erwerbstätig, von den Menschen mit befristeter Aufenthaltserlaubnis 30 %. Der Wille zur Arbeit ist da. Der Wille zum selbstbestimmten Leben ist da. Lassen wir sie arbeiten! Wir handeln sonst gegen unsere eigenen Interessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ebenso zehn Minuten spricht Herr Kollege Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es war – leider – nicht anders zu erwarten: Eine schreckliche Bluttat in Illerkirchberg nehmen Sie zum Anlass zu zündeln. Und wer weiß: Der eine oder andere wäre vielleicht ganz froh, wenn Ihre Anhänger tatsächlich zündeln würden;

(Widerspruch bei der AfD)

denn genau davon leben Sie, von Chaos und von Aufruhr.

Aber: In Bayern gibt es kein Chaos. In Bayern wird eine konsequente Migrationspolitik betrieben – konsequent rechtsstaatlich und zugleich konsequent menschlich, meine Damen und Herren. Wir halten hier die Balance zwischen Humanität und Ordnung.

Wenn Sie in dem Titel der von Ihnen beantragten Aktuellen Stunde von einer 180-Grad-Wende sprechen, dann muss ich Sie fragen: Sie wollen sich also um 180 Grad wenden? – Hm. Wer sich umdreht, der ist schlicht und einfach rückwärtsgewandt, sonst gar nichts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie bei Abgeordneten der CSU und der GRÜNEN)

Wenn man sich die Lage in der Welt ehrlich ansieht, dann weiß man: Es braucht wahrlich kein Zurück, sondern ein Nach-Vorne, und zwar ein gemeinsames Nach-Vorne, ein Nach-Vorne unserer gesamten Gesellschaft, unseres Landes, auch der gesamten Wertegemeinschaft EU, meine Damen und Herren. Das ist das, was wir brauchen, nicht aber ein rückwärtsgewandtes Reden, wie Sie es hier praktizieren.

Im Einzelnen: Es schlicht und einfach schäbig, wenn Sie das Schutzbedürfnis der Menschen, die zu uns kommen, leugnen. Über 92 % derer, die in diesem Jahr zu uns gekommen sind, kommen aus Kriegsgebieten. Über 92 % der Schutzbedürftigen! Da habe ich den Iran nicht mitgezählt, da habe ich den Irak nicht mitgezählt, da habe Somalia und Eritrea nicht mitgezählt. Auch Sie können nicht behaupten, dass die Menschen dort in Frieden lebten.

Und wenn Sie so tun, als wären wir nahe an der Überfremdung und als würde hier alles zusammenbrechen,

(Ralf Stadler (AfD): So ist es!)

dann sage ich Ihnen ganz ehrlich: 190.000 Menschen haben bis jetzt in diesem Jahr in Deutschland um Asyl ersucht. 2015 waren es zweieinhalbmal so viele; 2016 waren es über viermal so viele.

Wenn Sie hier tatsächlich den Teufel an die Wand malen und letzten Endes die Schutzsuchenden aus der Ukraine außen vor lassen, dann sage ich Ihnen: Entschuldigung, wir haben aus meiner Sicht die menschliche Pflicht, diesen Menschen zu helfen.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie sehen doch die Bilder aus der Ukraine und aus anderen Kriegsgegenden dieser Welt. Sie hören doch die Schilderungen, wenn Sie mit Menschen aus der Ukraine wirklich reden.

(Zuruf von der AfD: Aber fleißig Waffen liefern!)

Ich möchte den Moment schon nutzen, all denen zu danken, die hier ihren Dienst leisten, auch wenn Sie hier blöken. Ich möchte den Ehrenamtlichen danken. Ich war am Wochenende erst bei einer Organisation der Ukraine-Hilfe und habe gesehen, wie die Menschen wirklich zusammenhelfen. Das sind nicht nur die Ehrenamtlichen, sondern alle durchforsten ihren Keller und raffen alles zusammen, um zu schauen, was man in die Ukraine schicken kann. Das ist wirklich ein ganz tolles Zeichen der Solidarität, die wir gerade jetzt in der Adventszeit wieder erleben. – Dafür einen herzlichen Dank an die Bayern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Danke auch an die Schulfamilien. Dem Kultusministerium ist es gelungen, innerhalb kürzester Zeit 30.000 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine mit Willkommensgruppen in die Schulen zu integrieren mit dem Ziel, dass sie in die Regelklassen kommen. In den Grundschulen werden sie mit einem "Sprachbad" langsam herangeführt; überall wurden Brückenklassen eingeführt, auch in den weiterführenden Schulen und Gymnasien. Meine Damen und Herren, das zeigt die Stärke unserer Gesellschaft.

Danke auch an alle Geflüchteten, die selbst mit anpacken, die ihre in ihrem Heimatland Ukraine genossene Ausbildung hier einbringen und zum Beispiel jetzt an unseren Schulen unterrichten. Das ist ein ganz starkes Zeichen unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts.

In Ihrem Titel schreiben Sie "Eigeninteresse statt Selbstaufgabe". – Wer sagt denn, dass wir das Eigeninteresse hintanstellen?

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Sie tun gerade so, als wäre zum Beispiel die Fachkräfteeinwanderung nicht in unser aller Interesse. Wir haben Vollbeschäftigung, meine Damen und Herren. Niemand nimmt irgendjemandem einen Arbeitsplatz weg. Sie sprechen von Ideologie. Sie unterstellen den Industrie-, Handels- und Handwerkskammern der bayerischen Wirtschaft Ideologie.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

– Ja? Tatsächlich? Sie unterstellen der bayerischen Wirtschaft Ideologie? Das sollten wir festhalten. – Sie wettern hier, aber am Ende sind Sie auch froh, wenn Menschen mit Migrationshintergrund Ihre Mülltonne leeren, für Sie Bus fahren, früh um 3 Uhr in der Backstube stehen, Ihre Oma pflegen und in der Klinik als Arzt letzten Endes Ausländerhassern wie Ihnen das Leben retten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Ulrich Singer (AfD): Ja, ja, ja! – Andreas Winhart (AfD): Einmal etwas zusammenreißen!)

Merken Sie denn nicht, dass in Bayern Gaststätten schließen? – In Bayern öffnet der Einzelhandel teilweise kürzer als früher; vom Handwerk wollen wir überhaupt nicht reden. Es ist schon unglaublich ignorant, dass Sie hier die Rufe aus der Wirtschaft nach Fach- und Arbeitskräften – nicht nur nach Fachkräften – völlig überhören. Oder überhören Sie sie vielleicht, weil nicht nach Arbeitskräften mit deutschem Stammbaum gerufen wird, meine Damen und Herren?

Menschen, die seit vielen Jahren hier sind, Deutsch gelernt haben, sich vielleicht gar im Verein engagiert haben, nicht straffällig geworden und bereit sind, eine Ausbildung zu machen, haben es doch verdient, dass sie hier ihre Chance bekommen. Es wäre doch geradezu aberwitzig, sie jetzt erst einmal zurückzuschicken und gleichzeitig Fachkräfte im Ausland händeringend anzuwerben. Es ist zutiefst schäbig, dass Sie alles in einen Topf werfen und alle als Schmarotzer bezeichnen,

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD) – Andreas Winhart (AfD): Haben Sie überhaupt zugehört? Was erzählen Sie für einen Schmarren?)

die aus Kriegsgebieten kommen, vor Krieg, Zerstörung und Vergewaltigung geflohen sind und jetzt bereit sind, Ihren Dreck wegzumachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Natürlich ist das Gesetzesvorhaben des Bundes zum Chancen-Aufenthaltsrecht im Detail mehr als diskussionswürdig, aber grundsätzlich muss doch Folgendes gelten: Wer sich an unsere Regeln hält, wer fleißig Deutsch lernt und arbeiten will, dem muss auch unkompliziert der Weg zu Ausbildung und Arbeit eröffnet werden, meine Damen und Herren. Ganz konkret sollten wir schauen, dass wir möglichst schnell auf unnötig komplizierte Verfahren wie die freiwillige Ausreise und Vorabzustimmung zur Wiedereinreise verzichten. Das ist letzten Endes nicht der richtige Weg. Das ist auch nicht der Weg, auf den unsere Wirtschaft jetzt warten kann.

Zur Einbürgerung hat Kollege Straub schon ein paar richtige und wichtige Gedanken geäußert. Ich kann trotz alledem Folgendes sagen: Integration ist wie eine Treppe. Aber es ist einfach keine Showtreppe, auf der man von ganz oben freudestrahlend im Scheinwerferglanz nach unten stolziert. Nein, wie bei jeder normalen Treppe muss man von unten nach oben eine Stufe nach der anderen gehen.

Die erste Stufe ist nun einmal Sprachkompetenz und die Vermittlung von Werten und der Rechtsordnung. Die nächste Stufe ist dann die strukturelle Eingliederung in den Bildungs- und Arbeitsmarkt; damit geht die soziale Integration über Vereine, Sport, Freundschaften und über persönliche Beziehungen einher. Dann kommt irgendwann letzten Endes die Identifikation mit dem Gastland, wenn man sagt: Das ist inzwischen meine Heimat. Hier will ich sein, und hier will ich bleiben. – Das ist die letzte Stufe der Integration. Dann hat es Sinn, über eine Einbürgerung nachzudenken. Da bin ich mit dem Kollegen Straub ganz einer Meinung. Der Pass ist kein Geschenk für fünf Jahre legalen Aufenthalt.

Niemand sollte uns hier weismachen, dass man nun den letzten Schritt als ersten gehen muss, damit man sein Ziel erreicht. Nicht die deutsche Staatsbürgerschaft ist der Katalysator für Integration. Nein, es ist genau andersherum: Integration ist die Voraussetzung für die deutsche Staatsangehörigkeit. So viel dazu, dass wir es vielleicht nicht so machen sollten, wie es gerade in Berlin angedacht ist.

Grundsätzlich sind wir uns in Bayern jederzeit unserer Verantwortung bewusst, die Integration all derer voranzutreiben, die eine Bleibeperspektive haben, und dafür auch in Bildung, in Sprache und Identifikation zu investieren. Am Ende dieses Prozesses kann natürlich die Einbürgerung stehen.

Die Hauptlast des Ganzen tragen wie so oft die Kommunen. Das gilt es zu würdigen, und das möchte ich hier bei dieser Gelegenheit auch tun. Die Kommunen dürfen aber auch nicht alleingelassen werden. Ebenso gilt es natürlich, allen Ehrenamtlichen zu danken. An all diejenigen, die sich engagieren, durchhalten und auch einmal Frustrationen ertragen, einen Dank; das muss hier auf jeden Fall auch gesagt werden.

Sie haben die Rückführung angesprochen. Was im Iran gerade passiert, ist ein Trauerspiel. Ich halte es da für völlig richtig, dass der Staatsminister des Innern die Abschiebung in den Iran gestoppt hat. Aber natürlich – und das ist ihm auch bewusst – kann das nicht für diejenigen gelten, die durch schwere Straftaten straffällig geworden sind. Das steht doch außer Frage. Bei diesem Thema wäre es allerdings schon auch wichtig, dass man endlich Rückführungsabkommen abschließt – da schaue ich auf den Bund – und diese dann auch mit Druck und Kraft durchsetzt, sodass tatsächlich diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben, zurückgeführt werden können.

Ich komme zum Ende. Das Konzept von rechts außen ist wie immer sehr einfach: Man nutzt eine traurige Situation, um Stimmung gegen Migranten zu machen, und tut so, als gäbe es ganz einfache Lösungen, die aber natürlich nur ganz exklusiv die AfD hat, weil sich die anderen weigern, das umzusetzen. Es tut mir leid, aber statt der Keule des Populismus braucht es hier schon eine sehr differenzierte und konstruktive Diskussion. Dieser Diskussion verweigern Sie sich leider, meine Damen und Herren, und damit schaden Sie allen: dem Ansehen Deutschlands, unserer Wirtschaft und zum Glück auch sich selbst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bevor ich den nächsten Redner aufrufe: Es gab die Anregung des Fraktionsvorsitzenden der AfD, bitte den Begriff "Ausländerhasser" zu rügen. – Wir haben im Präsidium schon mehrfach darüber gesprochen, dass wir Formalbeleidigungen gegen einzelne Personen rügen. Das ist aber keine Formalbeleidigung gegen eine Einzelperson gewesen. Das will ich hier jetzt einfach einmal sagen. – Nächster Redner ist der Kollege Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion.

**Arif Taşdelen (SPD):** Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass es der AfD nicht um das ermordete Mädchen und dessen Familie ging, haben Sie heute auch mit Ihrem Redebeitrag gezeigt.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Ihre Teilnahmslosigkeit und die Art, wie Sie hier teilweise auch lächelnd sitzen, spricht Bände.

Ece, ein 14-jähriges Mädchen, Enkelin von Gastarbeitern aus der Türkei, wurde auf dem Schulweg auf eine brutale Art und Weise ermordet. Ihre Freundin wurde

dabei schwer verletzt. Unsere Gedanken sind bei ihren Eltern, bei ihrem Zwillingbruder, bei ihrer Schwester, bei allen Angehörigen und auch bei den Angehörigen der schwer verletzten Freundin. Unsere Gedanken sind bei den Bürgerinnen und Bürgern in Illerkirchberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Ihre Trauer ist unsere Trauer, ihr Schmerz ist unser Schmerz. Diesen schrecklichen Mord für parteipolitische Propaganda zu missbrauchen, ist schäbig und unanständig.

(Ulrich Singer (AfD): Wir haben letzte Woche eine Gedenkminute beantragt! – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Wes Geistes Kind Sie sind, haben Sie auch in den letzten Tagen mit Ihrem Kommentar zu den Razzias gegen Reichsbürger wieder unter Beweis gestellt. Ich möchte schließen mit den Worten, die auf einem Transparent in Illerkirchberg standen: Trauer ist keine Bühne für rechts. Ruhe in Frieden, liebe Ece.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die FDP-Fraktion spricht als Nächster der Abgeordnete Martin Hagen.

**Martin Hagen (FDP):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktuelle Stunde der AfD zu diesem Thema hat natürlich nichts Gutes erwarten lassen. Unsere Erwartungen wurden dann auch bei der Einbringungsrede voll erfüllt.

Meine Damen und Herren von der AfD, wenn Sie "Realismus statt Ideologie" und "Eigeninteresse statt Selbstaufgabe" wirklich ernst meinen, dann müssten Sie eigentlich eine Migrationspolitik genau in der Art befürworten, wie die Ampel-Regierung sie jetzt durchführt; denn Realismus bedeutet eben, dass man akzeptiert, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und sein muss. Wir können unsere Herausforderungen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auch nur meistern, wenn wir Einwanderung forcieren und sie im Interesse unseres Arbeitsmarktes steuern. Deswegen ist es ein Akt des Eigeninteresses, dass wir Einwanderung in unser Land nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes forcieren.

(Beifall des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Lieber Kollege Straub, ich setze mich lieber mit den demokratischen Fraktionen auseinander als mit dem, was von der AfD kam. Deswegen spreche ich Sie an, Herr Kollege Straub. Sie haben mit Blick auf die FDP drei Punkte angesprochen:

Das eine ist das Thema Rückführungen. Sie haben bemängelt, dass es bisher zu wenige Bemühungen bei den Rückführungen gibt. Dazu ist zu sagen, dass die Rückführungen – ich denke, das wissen Sie – in der Hoheit der Länder liegen. Die Bundesländer sind für den Vollzug von Rückführungen verantwortlich. Der Bund kann zum Beispiel durch das Aushandeln von Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsstaaten dazu beitragen. Genau das soll der Beauftragte der Bundesregierung für Rückführungen tun. Dieser ist im Koalitionsvertrag verankert. Wir erwarten, dass er jetzt zeitnah benannt und besetzt wird.

Zum Thema Chancenaufenthalt: Das Thema Identitätsverweigerer ist ein sehr beliebtes Sujet von Ihnen, Herr Straub. Sie bringen das immer wieder. Tatsächlich steht ja im Gesetz drin, dass, wer Abschiebungen durch Identitätstauschungen zu verhindern versucht, vom Erwerb des Chancen-Aufenthaltsrechts ausgeschlossen ist. Das heißt: Hier geht es explizit nicht um diese Fälle, die Sie immer wieder an-

führen, sondern um die Fälle, die bisher hier geduldet sind, rechtschaffen gelebt haben und jetzt endlich auch hier arbeiten und legal bleiben können sollen.

Abschließend der dritte Punkt: Das haben Sie jetzt nicht direkt angesprochen, aber das war in einem Facebook-Beitrag Ihrer CSU-Landesgruppe im Bundestag zu lesen. Da werfen Sie der Ampel-Regierung allen Ernstes vor – wir sollten uns auch vor dem Hintergrund solcher Debatten, wie die AfD sie hier bringt, wirklich darüber unterhalten, ob das die Auseinandersetzung ist, die wir suchen sollten –, sie sei dafür verantwortlich, dass die Zahl der Asylanträge im Jahr 2022 höher ist als im Jahr 2021. Die Bundesregierung dafür verantwortlich zu machen, dass mehr Menschen in dieser weltpolitischen Lage einen Asylantrag in Deutschland stellen – dabei geht es noch gar nicht um die Frage, ob er akzeptiert wird –, ist, glaube ich, nicht die Art, wie wir unter Demokraten dieses sehr sensible Thema behandeln sollten.

Wenn Sie, die CSU-Landesgruppe in diesem Beitrag die Ampel-Regierung ernsthaft für die höhere Zahl der Asylanträge verantwortlich machen und dann in diesem Beitrag auch noch schreiben, dass in den Zeiten der Unionsregierung Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik geherrscht hätten, möchte ich Sie an die Jahre 2015, 2016 und 2017 erinnern, als Ihr damaliger Parteichef von einer Herrschaft des Unrechts gesprochen hat. Ich mache mir diesen Ausdruck nicht zu eigen. Aber wenn das 2015, 2016 und 2017 nach CSU-Meinung eine Herrschaft des Unrechts war und Sie jetzt davon sprechen, Sie hätten Ordnung und Humanität durchgesetzt, erkenne ich da einen leichten Widerspruch. Nein, wir sollten diese Debatte sachlich führen, meine Damen und Herren. Dafür tragen auch Sie Verantwortung.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächste spricht die Kollegin Gudrun Brendel-Fischer für die CSU-Fraktion.

**Gudrun Brendel-Fischer (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die bayerische Migrationspolitik wird hier im Hohen Haus von beiden Seiten angegriffen. Von der Seite der Rot-Grünen kommt vor allem immer wieder die Kritik, dass wir zu wenig machen würden, und heute kommt der Angriff mal von rechts außen, wonach wir hier viel zu viel tun würden. Damit bestätigt sich, dass wir richtigliegen. Die Wahrheit liegt nämlich bekanntlich in der Mitte, und der bayerische Weg trennt klar zwischen Erwerbsmigration und Asyl. Anders als die Ampelkoalition in Berlin machen wir also nicht unstrukturiert mehrere Baustellen gleichzeitig auf, sondern differenzieren klar zwischen Menschen, die Asyl erhalten, und Menschen, die das Land wieder verlassen müssen oder aber die per Ausbildungs- oder Arbeitsvisum nach Bayern kommen. Bayern macht damit keine Symbolpolitik. Ich möchte ausdrücklich mal darauf hinweisen, dass es bereits jetzt für die Menschen mit Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung eine Chance gibt, wenn sie ihre Identität nachweisen und entsprechende Integrationsbereitschaft gezeigt haben. Wir belegen bundesweit den zweiten Platz bei der Genehmigung von Beschäftigungs- und Ausbildungsduldungen. Das bitte ich doch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Was den Identitätsnachweis anbelangt: Ich habe das selbst mittlerweile bei einigen Asylbewerbern erlebt. Man kann sehr wohl nicht nur über Behörden, sondern auch über Familie, die noch im Herkunftsland ist, über Zeugnisse und alle möglichen Dokumente Nachweise erbringen. Die werden zum Teil auch anerkannt. Ich habe das bei Jugendlichen aus afrikanischen Staaten erlebt. Der bayerische Weg des Forderns und Förderns – so steht es auch im Integrationsgesetz – funktioniert also. Wenn man die Datenlage der Geflüchteten aus den Hauptherkunftsländern beim Asyl genau anschaut, zeigt sich, dass trotz der Pandemie-Beeinträchtigungen un-

serer Wirtschaft in den letzten zwei Jahren sehr wohl ein Rückgang bei den Leistungsbeziehern deutlich wurde. Wir haben in Bayern – und das ist nicht abzustreiten – auch gegenüber rot-grün oder grün regierten Ländern die höchste Erwerbstätigenquote von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote von Ausländern. Wir haben übrigens auch bei den ausländischen Frauen die niedrigste Arbeitslosenquote. Wir haben sie auch bei den Menschen aus den acht Hauptherkunftsländern, und auf die zielen Sie besonders ab.

Wir brauchen – und das ist unstrittig – qualifizierte Zuwanderung zur Bekämpfung des Fachkräftemangels, aber auch Bildung und Ausbildung für Zugewanderte, und das ermöglichen wir, wenn der Aufenthaltstitel vorhanden ist. Dafür leisten wir großen Aufwand. Die großen schulischen Anstrengungen wurden heute bereits betont.

Die Zentrale Stelle für Fachkräfteeinwanderung, die jetzt läuft, in Nürnberg angesiedelt, kümmert sich sehr engagiert. Hier wurden schon 1.600 Beratungsgespräche geführt. Viele davon waren erfolgreich. Bayern möchte sich damit weiterhin gut aufstellen. Im Übrigen haben wir 90 Ausbildungsakquisiteurinnen und -akquisiteure sowie Jobbegleiter, die diesen Prozess auch noch befördern.

Wichtig ist uns aber auch das gesellschaftliche Miteinander. Das darf natürlich nicht so nebenbei laufen. Es geht auch darum, dass wir keine Parallelgesellschaften erhalten, wie sie in Berlin oder Köln beispielsweise existieren. Integration lebt und wirkt mit der Begegnung und dem Austausch der Kulturen. Dafür wird in Bayern sehr viel unternommen, auch mit eigenem bayerischen Geld, nicht nur mit weitergegebenem vom Bund. In zahlreichen Projekten und Initiativen unterstützen haupt- und ehrenamtliche Kräfte, damit Integration gelingt.

Ich bin häufig in Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern. Die sind oft sehr wohl verwundert, welcher Ruf uns vorseilt – von Ihnen natürlich entsprechend hochgespielt – und was dann bei uns effektiv geleistet wird. Es läuft viel: ob das in den Mütter- und Familienzentren ist, im Sport – dort ganz massiv –, in kirchlicher Trägerschaft, in den Wohlfahrtsverbänden, in den Stadtteilzentren, bei den Jugendmigrationsdiensten. Es wird sehr viel getan. Eine ganz wichtige Aufgabe erfüllen natürlich unsere Erwachsenenbildungsträger; wir müssen uns anstrengen, damit wir genügend Lehrkräfte haben, die dort den Sprachunterricht geben. In diesem Zusammenhang auch noch einmal ein großes Lob für die Flüchtlings- und Integrationsberatungen in Bayern! Besten Dank an alle, die sich hier engagieren!

Was es im Übrigen nützt, das Geld in zugewanderte Menschen zu investieren, beweist doch auch die erfolgreiche Ausbildungsdatenbank. In Bayern haben wir interessanterweise über 250.000 Ausbildungsverhältnisse. Schätzen Sie einmal, wie viele dieser Ausbildungsplätze von ausländischen Jungs und Mädels bekleidet werden! – Es sind über 35.000. Über 8.000 davon kommen mit einem Fluchthintergrund. Also sollten Sie einmal darüber nachdenken, was in diesen Betrieben wäre, wenn wir diese Ausbildungsplätze nicht besetzen könnten. Für die Ausbildungsduldung hat sich unser Minister vor zwei Jahren sehr stark eingesetzt, damit die Genehmigungen von Ausbildungsduldungen nach dem Prinzip der 3-plus-2-Regelung verstärkt werden.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin!

**Gudrun Brendel-Fischer (CSU):** Das ist auch sehr gelungen. Jeder Betrieb, der so einen Auszubildenden bekommt, ist heilfroh darüber.



**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin, die Redezeit ist zu Ende.

**Gudrun Brendel-Fischer (CSU):** Die Redezeit ist zu Ende. Ich komme zum Schluss:

(Andreas Winhart (AfD): Ihre Rede ist beendet!)

Es ist Unsinn zu sagen, dass wir eine 180-Grad-Wende brauchen, und es ist Unsinn zu sagen, dass – –

(Das Rednermikrofon wird abgeschaltet)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Danke, Frau Kollegin.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

Als Nächste spricht Frau Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

**Katrin Ebner-Steiner (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihre Migrationspolitik passt in einen Satz: 50 % der Leistungsberechtigten Hartz-IV-Empfänger sind Ausländer. – Das bedeutet im Umkehrschluss: Ihre ganze Migrationspolitik erzeugt keine Fachkräfte, sondern Sozialfälle.

(Beifall bei der AfD)

Für diese Ausländer bezahlen wir bereits heute über 13 Milliarden Euro und davon mehr als 8 Milliarden Euro allein für Personen aus den Top 8 Asylherkunftsländern, die weit überwiegend gar nicht hier sein dürften. Noch immer leben zwei Drittel aller syrischen Asylbewerber von Hartz IV, und die Hälfte aller Deutschtürken hat keine Berufsausbildung. Angesichts der Gesamtzahl der arbeitssuchenden ausländischen Grundsicherungsempfänger von aktuell über 1,2 Millionen bedeutet das, knapp 80 % der arbeitssuchenden Ausländer in Deutschland verfügen über keinerlei beruflichen Bildungsabschluss.

(Beifall bei der AfD)

Diese Menschen braucht der deutsche Arbeitsmarkt nicht, meine Damen und Herren. Diese Menschen machen unsere Städte zu Slums, die den Steuerzahler Milliarden kosten und das Land weiter in ein einziges Iller Kirchberg verwandeln.

(Margit Wild (SPD): Meine Güte! Entsetzlich!)

Deutschland hat jetzt 84 Millionen Einwohner, aber der Kanzler will offenbar 90 Millionen, und das, obwohl unsere Familien, unsere Rentner und sogar der Mittelstand zusehen müssen, wie sie gerade einmal so über die Runden kommen. In dieser Situation stellt sich der deutsche Kanzler hin und will die behauptete Fachkräftezuwanderung erleichtern und so gut wie jedem Illegalen die deutsche Staatsbürgerschaft hinterherwerfen, meine Damen und Herren! Was soll es sonst sein als ein Bevölkerungsaustausch

(Beifall bei der AfD)

oder – in Neusprech, wie es die EU nennt – Replacement Migration? – Der Kanzler der Arbeiterklasse holt unter Beifall der Kartellparteien millionenfach Billiglöhner ins Land, die in direkte Lohnkonkurrenz mit einheimischen Arbeitnehmern treten und die aufgrund von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz künftig sowieso Probleme haben werden, eine Arbeit zu finden.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Schauen wir auf die Migrationsbilanz, dann zeigt sich das ganze Staatsversagen: Mitte des Jahres lebten 2,9 Millionen Menschen mehr in Deutschland als zum Jahresbeginn 2015. Doch das ist nur der Zuwanderungssaldo und damit nur die halbe Wahrheit. Im genannten Zeitraum sind über 4,3 Millionen Menschen mit nicht deutschen Staatsbürgerschaften ins Land gekommen. Das ist mehr als die Einwohnerzahl von Frankfurt, Stuttgart, Hamburg und Köln zusammengenommen. Im selben Zeitraum sind aber auch über 1,4 Millionen Deutsche ausgewandert, also etwa die Einwohnerzahl Münchens. Pro Jahr verlassen mehr als 180.000 Deutsche das Land, vor allem hochqualifizierte. 76 % dieser Deutschen haben einen Hochschulabschluss. Derzeit leben mindestens 3,8 Millionen Deutsche in anderen OECD-Ländern. All diese Zahlen widerlegen eine Ihrer größten Lügen: das Märchen vom Fachkräftemangel.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich, in einigen Branchen sind Fachkräfte knapp. Doch um das zu beheben, müsste zuerst die massenhafte Auswanderung deutscher Fachkräfte gestoppt werden. Die höchste Steuer- und Abgabenlast der Welt, die höchsten Energiepreise, der Verfall in Bildung, Wirtschaft, Kultur, Politik und Gesellschaft

(Unruhe)

treiben Kernbranchen der deutschen Wirtschaft ebenso wie die Arbeitnehmer in die Flucht. Sie verursachen den größten Verlust an geistigem Kapital und Arbeitskraft in der Geschichte unserer Heimat. Was gab es früher für große deutsche Staatsmänner: Strauß, Schmidt! Heute sehe ich Scholz und Söder, Sinnbild für Stümperei, auf den warmen Regierungssesseln.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Na, na, Vorsicht, Frau Kollegin! – Unruhe bei der CSU und der SPD)

Mit Ihrer Politik treiben Sie die Leute nicht nur in die Politikverdrossenheit, sondern in die Radikalisierung, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP) – Unruhe bei der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Ihre geist- und kenntnislose Migrationspolitik schafft nur eines: ein Millionenheer von Habe- und Taugenichtsen, die nicht nur den sozialen Frieden, sondern letztlich sogar das ganze Land gefährden.

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Setzen Sie sich also unverzüglich dafür ein, die millionenfache, unqualifizierte Einwanderung in unsere Sozialsysteme abzustellen, die bestehenden Pull-Faktoren zu beseitigen, und folgen Sie unserem Vorschlag! Die AfD steht für eine Minus-Zuwanderung, weil ausländische Leistungsträger sowieso nicht mehr nach Deutschland kommen wollen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es können auch andere auswandern!)

Starten wir endlich eine bayern- und bundesweite Abschiebeoffensive! Nur so können wir Bayerns Wohlstand und Sicherheit für die nächsten Generationen erhalten.

Ihr Staatsminister Bernreiter hat mir 2015 im "Weißbräu" in Deggendorf versichert: "Da kommen keine Menschenfresser." – Vielleicht keine Menschenfresser; aber

Vergewaltiger, Messerstecher und Mörder sind gekommen. Ohne sie würde die kleine Ece aus Illerkirchberg noch leben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD – Margit Wild (SPD): Schämen Sie sich! – Unruhe bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Als Nächstes hat Frau Abgeordnete Petra Guttenberger von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Abgeordnete Guttenberger.

(Zurufe von den GRÜNEN: So etwas müsste man rügen, das ist Volksverhetzung! – Unruhe)

**Petra Guttenberger (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein sehr eigenwilliges Bild von Bayern, das wir heute von der AfD zu Gesicht und vorgestellt bekommen. Ja, es sind keine Menschenfresser gekommen. Es sind ganz normale Familien gekommen, ganz normale Arbeitnehmer.

(Unruhe bei der AfD)

Vielleicht ist auch ein Straftäter darunter, aber bayerische Politik heißt nicht, dass da nichts passiert, sondern bayerische Politik heißt, dass es Rückführungen gibt und dass Straftäter das Land wieder verlassen müssen. Das ist bayerische Politik. Darum wissen wir nicht, warum wir eine Drehung um 180 Grad hinlegen sollten.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen unsere Politik beibehalten, die ganz klar besteht aus Humanität, Ordnung und Integration. Ihr Bild ist, offen gesagt, erschreckend. Sie bewerfen uns mit Zahlen, deren Wahrheitsgehalt ich stark hinterfragen möchte. Sie werfen anderen Ideologie vor, um hier selbst demagogisch-ideologisch zu reden. Sie bezeichnen die Mitglieder des Parlaments hier in diesem Raum als Kartellparteien. Nein, das sind Parteien, die auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sind Ihre Zahlen also richtig? Irrt da die Bundesagentur? Irrt da die Kreishandwerkerschaft, irren die IHK-Mitglieder? Irren die alle? – Wir glauben nein.

(Zuruf von der AfD: Wir glauben schon!)

Das heißt für uns, dass wir hier eine Politik betreiben, die Bayern zum Land der gelungenen Integration macht, wie das Frau Brendel-Fischer gerade klargelegt hat.

Wir sind aber auch nicht dafür, unsere Politik um 180 Grad in die entgegengesetzte Richtung zu drehen. Wir wollen, dass die Staatsangehörigkeit am Ende des Prozesses steht und dass es erforderlich ist, die deutsche Sprache zu beherrschen, die Werte unserer Gesellschaft zu akzeptieren und seinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Erst dann ist die Zeit gekommen, Deutscher zu werden, wenn man sich dazu entschließt. Deshalb steht die Staatsangehörigkeit für uns am Ende des Prozesses und nicht am Anfang. Zur Rechtsstaatlichkeit und zu unseren Werten gehört übrigens auch, dass man seinen Pass nicht wegwirft, sondern ein rechtsstaatliches Verfahren durchläuft, wie das viele andere auch tun.

Ich formuliere es jetzt doch ein bisschen spitz. Herr Hagen, Sie haben gerade oberlehrerhaft erklärt, dass alles ganz halbherzig sei, dass die Wege hier ganz falsch wären. Ich sage jetzt auch einmal: Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag eine Rückführungsinitiative festgelegt. Wirklich? – Mir geht es wie Herrn Straub: Diese

Rückführungsinitiative ist anscheinend so dezent, dass sie keiner erkennt. Wir nehmen das jetzt mal zur Kenntnis. Wer aber oberlehrerhaft anderen sagt, was man alles tun müsste, wäre mal gar nicht schlecht beraten, selber anzupacken!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Martin Hagen (FDP): Das ist Schmarrn! Das merken Sie aber selber, oder?)

– Das ist ein guter Spruch, weil man in dem Augenblick, in dem man ertappt wird, halsig reagiert, wie man in Franken sagt.

(Martin Hagen (FDP): Das merken Sie selber! Das haben wir schon besser erlebt!)

– Das nehme ich jetzt auch zur Kenntnis.

Wir nehmen jedenfalls eine Position der Mitte ein. Wir wollen unser Integrationsrecht so, wie es ist, beibehalten. Dazu gehören Rückführungen. Dazu gehört klare Konsequenz bei Straftaten. Dazu gehört aber auch, dass wir denjenigen, die hier bei uns leben wollen, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten, die deutsche Sprache lernen und unsere Werte teilen, eine echte Chance geben, und zwar wie bisher und nicht nur als Chancen-Aufenthaltsrecht, nachdem man seinen Pass weggeworfen hat, sondern indem man Integrationsleistungen vorweist und seinen Lebensunterhalt hier bei uns bestreitet.

Für solche Sprüche, dass "Kartellparteien ideologisch sind", habe ich dabei überhaupt nichts übrig, weil sie keine Probleme lösen, sondern Pseudolösungen anbieten und meinen, auf diese Weise in möglichst lautem, aggressivem Ton hier darüber hinwegzutäuschen, dass Bayern gelungene Integration bietet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Frau Abgeordnete Guttenberger, vielen Dank. – Ich erteile dem Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, das Wort. Herr Staatsminister, bitte schön.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für einen sehr kurzen Moment habe ich gedacht, als ich den Titel der Aktuellen Stunde gelesen habe – "Für eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik! Realismus statt Ideologie, Eigeninteresse statt Selbstaufgabe!" –, es könnte sich um eine Ankündigung einer inneren Umkehr der AfD handeln, aber leider weit gefehlt. Ich hatte diesen Eindruck nur für einen ganz kurzen Moment.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich werde, erlauben Sie mir zum Abschluss dieser Debatte diese Anmerkung, den Verdacht nicht los, dass dieser Rundumschlag, den Sie heute wieder gestartet haben, nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver ist, weil die bundesweiten medialen Botschaften der vergangenen Woche schon an die Kernsubstanz der AfD gehen.

(Margit Wild (SPD): Genau! – Uli Henkel (AfD): Ja, ja!)

Das hat es in der Vergangenheit noch nie gegeben: In der vergangenen Woche ist eine frühere Bundestagsabgeordnete und Richterin in Berlin wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung verhaftet worden. Das ist natürlich schon ein weiterer Höhepunkt im Hinblick auf die Umtriebe, deren sich Mitglieder der AfD immer wieder in unserem Land schuldig machen.

(Zuruf des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD))

Meine Damen und Herren, das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wenn man sich anschaut, was ermittelt worden ist, sage ich ganz deutlich: Das sind ungeheuerliche Vorgänge. Wir werden uns im Detail anschauen müssen, was da alles noch zutage kommt. Im Moment geht es nur um Verdachtsmomente. Aber was hier ganz konkret im Raum steht und was Menschen geplant haben, ist meines Erachtens ein wahrscheinlich untauglicher Versuch, weil – egal, ob das 100 oder 200 sind – Verrückte die Bundesrepublik Deutschland nicht auf den Kopf stellen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Allein die Absicht, unsere Demokratie abschaffen zu wollen und irgendwelche völlig hirngespinstigen Leute an die Spitze des Staates stellen zu wollen, allein die Absicht zu haben, irgendwelche Kompanien aufzustellen, mit denen man das Parlament stürmen will und dergleichen, ist doch unglaublich! Meine Damen und Herren von der AfD, solche Leute schicken Sie ins Parlament! Die haben nichts anderes vor als unsere Republik kaputt zu machen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Deshalb sage ich Ihnen: Ich bin gar nicht bereit, mich mit solchen Rundumschlägen, wie Sie sie hier wieder geführt haben, auseinanderzusetzen. Wir müssen den Menschen in Deutschland vielmehr deutlich machen, dass solche Mitglieder Ihrer Partei in der Tat eine Gefahr für diese Demokratie und diese Republik sind. Dafür stehen wir in diesem Landtag.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herr Staatsminister, vielen Dank. – Ich sehe, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Dann ist die Aktuelle Stunde hiermit beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung  
über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7  
der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze  
(Drs. 18/25588)  
- Erste Lesung -**

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen damit gleich zur Zuweisung an den federführenden Ausschuss. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und weiterer  
Rechtsvorschriften (Drs. 18/23363)  
- Zweite Lesung -**

hierzu:

**Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE  
WÄHLER (Drsn. 18/24855 und 18/25626),  
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn.  
18/24650 mit 18/24659),  
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/24843 mit 18/24847),  
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/24766 mit 18/24780)**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Dabei entfallen auf die CSU 9 Minuten, auf Bündnis 90/DIE GRÜNEN 6 Minuten, auf die FREIEN WÄHLER 5 Minuten, auf die AfD 4 Minuten, auf die SPD 4 Minuten, auf die FDP 4 Minuten und auf die Staatsregierung 9 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 2 Minuten sprechen.

Vorab gebe ich bekannt, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 18/24654 beantragt hat. Damit eröffne ich die Aussprache. – Der erste Redner ist der Kollege Eric Beißwenger für die CSU-Fraktion. Herr Abgeordneter Beißwenger, bitte schön.

**Eric Beißwenger (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ohne Zweifel ist der Klimawandel eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Auch wir in Bayern sind von ihm betroffen.

Wir sind uns einig: Klimaschutz gehört zu unseren ganz großen Aufgaben – politisch, gesellschaftlich, aber auch wirtschaftlich. Für uns gilt: Klimaschutz muss wirtschaftlich, ökologisch sinnvoll und auch sozialverträglich sein. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Klimaschutzes brauchen wir eine landesgesetzliche Regelung, nämlich das Bayerische Klimaschutzgesetz.

Eine gute und kluge Klimapolitik braucht einen Instrumentenmix, der die unterschiedlichsten Potenziale, aber auch die Kosten berücksichtigt und gleichzeitig eine Sozial- und auch – das betone ich – eine Wirtschaftspolitik ist.

Bayern ist ein Hightech-Land. Wir setzen auf Innovation, Technologieoffenheit, keine Ideologie und ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Durch die Entwicklung von exportfähigen Technologien und übertragbaren Herangehensweisen bringen wir Ökologie und Ökonomie in Einklang. Mit unserem nachhaltigen Handeln schützen wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen und übernehmen Verant-

wortung für die künftigen Generationen. Weltweit schauen andere Länder eben sehr genau auf uns und darauf, wie wir mit den Herausforderungen umgehen.

Der Freistaat stellt bis 2040 22 Milliarden Euro für den Klimahaushalt zur Verfügung. Die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes wird uns also einiges kosten. Es wird aber weniger kosten, als wenn wir nicht an die Umsetzung gingen.

Wir ändern beispielsweise die Bayerische Bauordnung, um die Installation von Solaranlagen auf mehr Dächern voranzubringen. Detaillierte Vorgaben für die Kommunen lehnen wir ab. Sie werden der Praxis kommunaler Entscheidungsprozesse und auch der Selbstverwaltung der Kommunen eben nicht gerecht. Wir müssen die Menschen mitnehmen, anstatt alles bis ins allerletzte kleinste Detail zu regeln und von oben herab anzuordnen.

Die Staatsregierung ermöglicht mit dem Bayerischen Klimaschutzgesetz die erforderliche Flexibilität der Kommunen und stellt eine angemessene Unterstützung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen sicher. Das Ziel hierbei ist, die erforderlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren zu erleichtern, indem die Bedeutung des Klimaschutzes im Rahmen der zu treffenden Abwägungsentscheidungen gestärkt wird.

Fünf Aktionsfelder, auf denen wir besonders tätig werden müssen, sind: die erneuerbaren Energien und die Stromversorgung, siehe auch den heutigen Kabinettsbeschluss; die natürliche CO<sub>2</sub>-Speicherung; Klimabauen und Klimaarchitektur; smarte und nachhaltige Mobilität; Cleantech, Klimaforschung und Green IT. Hierunter fallen unter anderem ein beschleunigtes Stromleistungsprogramm, eine stärkere Nutzung der dezentralen PV- und Windstromerzeugung, der Solar- und Geothermie sowie ein Ausbau der Wasserstoffnutzung.

Das zentrale Kennzeichen des Klimaschutzprogrammes ist aber seine Dynamik. Es ist natürlich nicht abgeschlossen, sondern wird regelmäßig evaluiert, angepasst und auch fortgeschrieben. Nur so kann festgestellt werden, ob die im Programm enthaltenen Maßnahmen auch tatsächlich das Potenzial haben, einen angemessenen Beitrag zum Erreichen der gesetzlichen Klimaschutzziele zu leisten, welche Maßnahmen dann fortgeschrieben oder intensiviert werden sollen, auf welche Maßnahmen möglicherweise auch verzichtet werden kann oder welche neuen Maßnahmen eventuell in das Programm aufgenommen werden sollen.

Das Gesetz setzt die Rahmenbedingungen. Hier ist aber natürlich nicht jede Maßnahme enthalten. Die Maßnahmen laufen ja auch schon parallel.

Zu unseren Änderungsanträgen: Mit dem Änderungsantrag auf Drucksache 18/24855 soll das Bayerische Grundsteuergesetz in zwei Punkten geändert werden. Erstens soll die Fläche zukünftig – abweichend vom Bundesrecht – ihre Zugehörigkeit zu einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb nicht dadurch verlieren, dass sie für PV-Anlagen genutzt wird, solange die land- und forstwirtschaftliche Nutzung dieser Fläche nicht dauerhaft aufgegeben wird.

Zweitens soll die kostenlose Zurverfügungstellung der Daten des Liegenschaftskatasters im BayernAtlas-Grundsteuer um drei Monate verlängert werden. Die Verlängerung dient der Förderung von PV-Anlagen für die Energiegewinnung. Hier sehen FREIE WÄHLER und CSU – das unterscheidet uns von anderen Fraktion vielleicht – die Landwirtschaft natürlich nicht als Problem, sondern als Teil der Lösung an. – Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Beißwenger. Bleiben Sie bitte am Pult. Es kommt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Prof. Hahn.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Kollege Beißwenger von der CSU! Sie tanzen mit diesem Entwurf im Endeffekt ja nach der Pfeife des Bundesverfassungsgerichtes und übernehmen auch das Narrativ, das alles unter einen abstrakten Klimavorbehalt stellt. Wenn Sie gestern zum Beispiel bei der Weihnachtsvorlesung von Herrn Prof. Hans-Werner Sinn gewesen wären – er ist ja selbst erklärter Linker und Altachtundsechziger, also weit entfernt von der AfD –, wüssten Sie: Sinn kritisiert das Bundesverfassungsgericht; er sagt, diese Äußerungen seien eben nicht verhältnismäßig. Wenn Sie diesem Narrativ aber trotzdem weiter folgen, dann werden Sie künftig beliebig in die Grund- und Freiheitsrechte einschneiden können, nur um weiter ein irgendwie geartetes Klima zu retten.

Ich frage Sie: Wie ist es mit Ihrem Gewissen zu vereinbaren, dass Sie hier nicht nur immer weiter über das Stöckchen, das Ihnen die GRÜNEN hinhalten, springen, sondern auch diesem übermäßig oppressiven System sozusagen in Gesetzesform Vorschub leisten?

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte schön, Herr Beißwenger.

**Eric Beißwenger (CSU):** Herr Prof. Hahn, wenn Sie mir zugehört hätten, wüssten Sie: Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Klimaschutz – ich sage es noch einmal – wirtschaftlich, ökologisch sinnvoll und sozialverträglich sein muss. Natürlich geht es mir um die Ausgewogenheit der Maßnahmen. Es geht nicht darum, dass wir hier irgendetwas ideologisch und gegen den Willen der Bevölkerung durchdrücken, sondern es geht darum, die Menschen mitzunehmen. Es geht auch darum, die Klimaschutzmaßnahmen als absolute Chance zu begreifen, weil unsere Maßnahmen ja zum Export führen können. Ich habe auch darauf hingewiesen: Wir sind Hightech-Land und wollen das bleiben.

Ein Punkt nur: Wir werden den Klimawandel natürlich nicht in jedem Punkt aufhalten können. Ich bin natürlich auch kein Klimaleugner. Auf gar keinen Fall! Aber eines muss doch gesagt sein: Wir müssen auch die Resilienz stärken. Wir müssen uns auch auf Veränderungen einstellen. Auch dafür ist dieses Gesetz.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Beißwenger. – Damit sind die Fragen beantwortet. Nächster Redner ist der Abgeordnete Martin Stümpfig von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege Stümpfig.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Beißwenger, das war jetzt Ihre Einbringungsrede zum Klimaschutzgesetz?

(Zurufe von der CSU: Ja! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist keine Einbringungsrede! Das ist eine Debatte!)

Also, eine so leere Rede – man muss sagen: so leer wie das ganze Klimaschutzgesetz der Staatsregierung – gleicht wirklich einem Trauerspiel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Vorwort des Klimaschutzgesetzes steht: die größte Herausforderung. – Was dann auf den elf Seiten des Klimaschutzgesetzes kommt, ist nichts. Genauso war auch Ihre Rede. Von außen kann man zum Klimaschutzgesetz vielleicht noch sagen: außen hui, innen pfui! Wenn man es von ganz weit weg anschaut, dann



denkt man – Klimaneutralität bis 2040 –, da muss ja einiges drinstecken. Wenn man es sich mal genauer anschaut, dann merkt man: Da steckt überhaupt nichts drin.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Was für eine Arroganz!)

Wir haben heute deswegen auch eine namentliche Abstimmung nur zu Artikel 5 "Klimaschutzprogramm". An diesem Artikel erkennt man eigentlich sehr gut: Sie haben hier keinerlei Maßnahmen hinterlegt.

Der Herr Beißwenger hat gerade gesagt: Sie haben auf Detailregelungen verzichtet. – Ja, genau! Sie haben überhaupt nichts hineingeschrieben. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Bayern steigen weiter und weiter, weil Sie eben nichts vorsehen. Sie sehen auch nichts vor, wenn irgendetwas überschritten wird.

Wir sagen da ganz klar: Wenn Sie null Maßnahmen machen, wenn Sie nichts vorschreiben, dann wird am Schluss auch nichts dabei herauskommen. Dieses Klimaschutzgesetz ist wirklich das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann wird oft auf das Klimaschutzprogramm verwiesen. Der Umweltminister ist jetzt eingetroffen. Es wird immer aufs Klimaschutzprogramm verwiesen. Es ist jetzt drei Jahre alt. Man denkt, seit ein, zwei Jahren sollte es laufen. Aber was steht denn im Klimaschutzprogramm? – Alles komplett unverbindlich. Geothermie steht drin. Jetzt heißt es im neuen Haushalt für 2023 aber, dass es für die Geothermie 7,5 Millionen gibt. Damit können Sie sich vielleicht gerade mal ein paar Bohrgestänge kaufen. Das ist gar nichts. Vor drei Jahren hat es geheißen: 100 neue Windräder im Staatswald. – Nichts erreicht, null Komma null. Im Klimaschutzprogramm steht ein Energieeffizienzfonds. Bis heute ist er noch nicht im Haushalt. Das 10.000-Häuser-Programm ist zusammengestrichen. Nächstes Jahr gibt es 17,5 Millionen Euro weniger als dieses Jahr. Das sind Ihre Klimaschutzmaßnahmen?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Das ist das, worauf Sie verweisen? – Ich könnte noch mit den PV-Anlagen auf den staatlichen Liegenschaften weitermachen. Mittlerweile sind mehr Minister ausgetauscht worden, als Sie PV-Anlagen auf Dächern staatseigener Gebäude installiert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines ist ganz klar: Dieses Gesetz, dieses Klimaschutzprogramm genügt der enormen Herausforderung in keiner Weise. Man kann hier nur sagen: Söder hat nach dem letzten Klimagesetz eine Generalrenovierung angekündigt. Nichts ist dabei herausgekommen. Tatort Klimaschutz: Versprechen-Brecher Söder hat mal wieder zugeschlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In unserem Klimagesetz stehen klare Maßnahmen. Dort heißt es zum Beispiel bei der Photovoltaik: Vervierfachung bis 2030, bei der Windkraft: Versechsfachung bis 2030. Bei der Geothermie wollen wir eine komplette Erkundung in ganz Bayern haben. Wir wollen ein Wärmegesetz mit Sanierungsstufen. Das sind ganz klare Schritte. Wir wollen bei der Mobilität sagen: Stopp Straßenneubau. Wir wollen bei der Landwirtschaft zu 100 % auf Bio gehen, und wir wollen die Tierhaltung um 20 % reduzieren. Die Kommunen sollen Pflichtaufgaben beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung bekommen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der bei Ihnen

komplett fehlt: Hitzeaktionspläne und Sturmflutmanagement. Das ist alles notwendig. Das muss alles in ein Klimagesetz rein. In Ihrem Klimagesetz ist da komplette Fehlanzeige.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erschütternd war aber nicht nur das Gesetz selber, sondern auch die Debatte in den Ausschüssen. Ich war im Umweltausschuss, bei mir im Wirtschaftsausschuss und im Kommunalausschuss. Herrn Beißwenger, Herrn Vogel oder Herrn Enghuber habe ich einfache Fragen gestellt: Warum haben Sie im Vergleich zum ersten Entwurf, den der Herr Glauber vorgelegt hat, zum Beispiel die Klimalotsen rausgestrichen? Warum haben Sie das Solarkataster wieder rausgestrichen? Selbst auf so einfache Fragen keinerlei Antwort im Ausschuss. Die Antwort stand nicht auf dem Sprechzettel des Ministeriums. So hart muss man es sagen. Es war null Debatte. Ist das der neue Stil? Der Herr Ministerpräsident ist eh nicht mehr vorhanden, weil er nur noch von Weihnachtsmarkt zu Grillbude tingelt. In den Ausschüssen ist es mittlerweile auch so, dass Sie sich der Debatte komplett verweigern. Wer ist bei Ihnen in der CSU-Fraktion und in der FREIE-WÄHLER-Fraktion noch sprechfähig zum Thema Klimaschutz? Ich sehe niemanden. Ich sehe wirklich niemanden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Alle! – Weitere Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So werden wir den Klimaschutz nicht in den Griff bekommen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich war zweieinhalb Jahre als Entwicklungshelfer in Mali tätig. Das ist eine Region, in der es heute um 30 % weniger Niederschlag gibt. Alle Landwirte, mit denen ich dort zusammengearbeitet habe, sind Subsistenzlandwirte. Die leben von dem, was sie anbauen. Diese Menschen haben nichts zu der Klimakrise beigetragen. Sie haben aber auch nicht die Möglichkeit, irgendetwas daran zu ändern.

Wir hier in Deutschland haben die Pflicht und die Verantwortung, das Ruder herumzureißen. Wir sind weltweit auf Platz vier bei den historischen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Es ist unsere Pflicht und unsere Verantwortung, jetzt endlich mit echtem Klimaschutz ernst zu machen und unsere Möglichkeiten zu nutzen. Wir haben die Woman- und die Manpower. Wir haben die finanziellen Möglichkeiten. Also: Lasst uns endlich anpacken! Lasst uns endlich echten Klimaschutz machen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich. Bitte bleiben Sie am Pult. Es sind Anmeldungen für Zwischenbemerkungen da, die erste von Herrn Prof. Dr. Ingo Hahn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Kollege Stümpfig von den GRÜNEN, Sie haben mal wieder Mali ins Zentrum gestellt. Meiner Meinung nach gleicht der aufgezwungene Emissionsausgleich ab 2028, für den Ihre Partei steht, einem modernen Ablasshandel, dessen Wirkung nicht weniger zweifelhaft sein dürfte. Ganz unzweifelhaft ist jedoch, dass die deutschen Steuergelder dadurch noch verschwenderischer in alle Welt hinaus verteilt werden. Auch beim letzten Klimagipfel ging es, wenn Sie sich erinnern, fast nur noch darum, wie viel Geld diese armen Entwicklungsländer – Sie haben gerade wieder Mali in den Vordergrund gestellt, ich würde einfach mal Bayern und Deutschland berücksichtigen – von den angeblich schuldigen Industrieländern als Ausgleich bekommen. Nur darum geht es Ihnen noch. Anscheinend reicht es Ihnen eben nicht mehr, diese Steuergelder lokal hier umzuverteilen. Stattdessen sollen fragwürdige Projekte irgendwo auf der

Welt zum Vergraben unserer Gelder genutzt werden. Wieso verhöhnen Sie unsere hier von der bayerischen Bevölkerung hart erarbeiteten Geldbeträge in diesem unerträglichen Maße?

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte schön, Herr Stümpfig.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Wenn Sie Zusammenhänge erkennen könnten, dann würden Sie sehen, dass Klimaschutz dazu beiträgt, Fluchtursachen zu bekämpfen. Da sind wir wieder bei dem Thema Ihrer Aktuellen Stunde. Dieser Kreis schließt sich. Von daher gesehen: Klimaschutz ist das oberste Gebot.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte bleiben Sie. Es kommt eine weitere Zwischenbemerkung. Der Abgeordnete Ritt hat jetzt das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter Ritt.

**Hans Ritt (CSU):** Herr Stümpfig, jetzt bin ich ein bisschen überrascht. Ich bin Mitglied des Umweltausschusses. Ich habe Sie im Umweltausschuss noch nie gesehen. Daher bin ich verwundert, warum Sie reden. Haben Sie keine kompetenten Redner mehr dafür, die aus dem Umweltausschuss kommen?

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Zurufe von den GRÜNEN)

Als Nächstes muss ich Ihnen sagen: Außer Polemik habe ich von Ihnen nicht viel gehört. Ich stelle Ihnen gleich die erste Frage: Aktuell haben wir in Deutschland dadurch, dass wir mehr Braunkohle nutzen, eine Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 61 Millionen Tonnen. Ich frage Sie, auch die Ampel wird sich hier Gedanken machen: Wie wollen wir das in den nächsten Jahren kompensieren? Ich habe gerade die aktuellen Zahlen auf dem Stand von 13 Uhr heute Nachmittag abgerufen: Wir haben deutschlandweit einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 667 Gramm. Den höchsten Anteil an der Stromversorgung hat Kohle. Sie reden jetzt von Windrädern oder von Gas, und Sie haben mehr Geothermie gefordert. Aber wir setzen in Deutschland aktuell auf Kohle, nicht auf das, was Sie angesprochen haben.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege!

**Hans Ritt (CSU):** Welche Antworten haben Sie, um schnell von diesem hohen Anteil runterzukommen? Das kann doch nicht Kohle sein.

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Wenn wir frühzeitig auf die Windkraft gesetzt hätten, Herr Ritt, hätten wir die Stromimporte nach Bayern massiv reduzieren können.

(Widerspruch bei der CSU)

Dramatisch ist, dass Sie in Ihrer Klimabilanz zum Beispiel den Kohlestrom, den Sie gerade erwähnen, der einen großen Anteil an den Emissionen ausmacht, komplett unterschlagen. Der ist momentan bei circa 5 Millionen Tonnen in Bayern, bei 100 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen. Sie unterschlagen 5 % komplett. Zukünftig wird das vielleicht sogar noch zunehmen, weil Sie es nicht schaffen, die Erneuerbaren auszubauen. Wie lange haben wir hier gegen 10 H gekämpft? – Jetzt musste Robert Habeck kommen, um das Wind-an-Land-Gesetz zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Von daher gesehen haben Sie hier nichts geleistet.

Aber noch ganz kurz einen Satz zu Ihrer ersten Frage, Herr Ritt, wer bei uns sprechfähig ist oder nicht. Da muss ich an Ihre letzte Rede hier zum Thema Klimaanpassung erinnern. Da traue ich mich zu sagen: Alle 38 Abgeordneten der GRÜNEN-Fraktion würden zum Thema Klimaanpassung, wenn man sie nachts aufwecken würde, sofort eine Rede halten können, die um Klassen besser ist als das, was Sie hier mit Vorbereitung gebracht haben.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Was für eine Arroganz! – Tobias Reiß (CSU): Das ist grüne Hybris! Worthülsen verbreiten und meinen, das ist fachlich! – Zurufe von den GRÜNEN: Sehr gut!)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Stümpfig. Weitere Meldungen für Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen: Es ist Herr Abgeordneter Benno Zierer von den FREIEN WÄHLERN.

**Benno Zierer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Herr Stümpfig, es ist immer dieselbe Leier.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist genau das Problem. Was Sie nicht erkannt haben: Sie sind immer noch sehr in der Rolle als Oppositionspartei verhaftet. In Berlin ist momentan Ernüchterung eingetreten, weil man aus der Oppositionsrolle raus muss und vernünftige Politik gestalten muss – genau das, was die FREIEN WÄHLER und die CSU hier in Bayern machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN – Benjamin Adjei (GRÜNE): Sie machen doch Opposition hier!)

Sie verstehen nicht, dass durch Ihre überzogenen Aussagen, Forderungen und unzutreffenden Behauptungen die Leute eher verprellt werden und Umweltschutz für sich selber nicht zum wichtigsten Thema machen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was denn?)

Sie treiben durch Ihre Polemik mit Ihren ständigen Beschimpfungen eher unsere Bevölkerung in die Hände von Rechtsradikalen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Was glauben Sie, was unser Umweltminister Glauber mit seinem Ministerium ständig macht? – Er und wir machen uns Gedanken darüber, wie wir die Bevölkerung mitnehmen können.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Pass auf, dann lernst du ein bisschen was dazu! Und schrei nicht immer rein!

(Florian von Brunn (SPD): Benno, was machst du denn?)

Wir versuchen, die Bevölkerung auf diesem Weg mitzunehmen und ihr vernünftige, gangbare Lösungen vorzuschlagen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Die Quittung werden Sie im Herbst bekommen!)

Nur so werden wir es schaffen. Da können Sie noch so viel schreien – Sie schaffen es nicht, die Bevölkerung mitzunehmen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aber wir versuchen es tagtäglich. Genau das ist unser Ansatz: vernünftige Politik zu machen und einen Schritt nach dem anderen zu gehen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Selbst wenn wir heute überall Photovoltaikanlagen bauen würden, wir hätten die Anschlüsse nicht. Selbst wenn wir überall Windräder bauen würden – –

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Ja eben, darum muss dieser Weg nach und nach gegangen werden. Sie stellen sich heute hier hin und schreien: Wir brauchen dies, wir brauchen jenes! – Was glauben Sie, was hier gemacht wird? Wir arbeiten genau an diesen Themen! Merken Sie sich das einmal!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist völlig klar, dass Sie das nicht hören wollen. Denken Sie aber wenigstens einmal darüber nach. Wenn Sie darüber nachdenken, dann halten Sie vielleicht andere Reden und kommen zu anderen Entschlüssen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Dann baut Windräder und Photovoltaikanlagen!)

– Irgendwie erinnert mich das Geschrei auf Ihrer Seite an das Geschrei von der anderen Seite. Seien Sie einfach konstruktiv und praktisch, und nehmen Sie die Bevölkerung mit! Brüllen Sie nicht einfach blind rein!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zierer. Wir haben eine Intervention von Herrn Stümpfig. Bitte schön.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Mir ging es gerade so wie bei Herrn Kollegen Beißwenger: Herr Zierer, war das Ihre komplette Rede?

**Benno Zierer (FREIE WÄHLER):** Ich möchte Ihnen die Zeit geben, weitere Ergüsse über uns auszuschütten.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Ich hätte noch kurz eine Frage: Sie haben sich im Ausschuss an der Debatte nicht beteiligt. Obwohl Sie im federführenden Ausschuss für das Klimagesetz waren, haben Sie keine Wortmeldung abgegeben. Die Kollegen von der CSU konnten mir meine Frage auch nicht beantworten: Warum wurden die Klimalotsen für die Kommunen, die eine sinnvolle Maßnahme waren, da die Kommunen der Motor für den Klimaschutz sind, aus dem Entwurf des Gesetzes vom November 2021 herausgestrichen? Wo ist denn hier die Handschrift der FREIEN WÄHLER? Sind Sie für den Klimaschutz, oder sind Sie genauso schlecht wie alle anderen?

**Benno Zierer (FREIE WÄHLER):** Mir ist es zuwider, richtige und sinnvolle Aussagen eines Kollegen immer wieder gebetsmühlenartig zu wiederholen. Wir machen unsere Arbeit, und wir machen unsere Arbeit gut. Natürlich dauert das Ganze seine Zeit. Schauen Sie einmal nach Berlin: Was haben Sie dort für dicke Backen gemacht? – Dort wird die Realpolitik die GRÜNEN, die SPD und die anderen auch

einholen. Das wird hier auch der Fall sein, weil wir für die Umsetzung einen gewissen Zeitraum brauchen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Antworten!)

Ich muss aber nicht alles wiederholen, zu dem ich stehe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank. – Wir kommen zum nächsten Redner, und der heißt Prof. Dr. Ingo Hahn, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren von der CSU, als Rettungssanitäter weiß man, dass man bei einem Patienten in Not immer genau das zuerst behandeln muss, was sich am schlimmsten auf ihn auswirkt. Bei der angeblichen Klimakrise scheint bei Ihnen genau das umgekehrte Prinzip zu gelten; denn was am vernünftigsten wäre, sprich: die Ausweitung des Energieangebotes, wird zuletzt erwogen. Geschätzter Herr Kollege Beißwenger, im Vordergrund stehen wieder einmal CO<sub>2</sub>-Minderungsziele und Nebenschauplätze.

Verehrte CSU, dass Sie diesmal sogar einige unrühmliche Vorschläge des grünen Lagers kopiert haben, steht Ihnen nicht gut zu Gesicht. Dazu zählt vor allem, dass Sie, wie die Kollegen von den GRÜNEN, im vorliegenden Gesetzentwurf auf ein Finanzierungskonzept komplett verzichten. Stattdessen haben Sie salopp geschrieben, dass die veranschlagte Summe zwar nicht beziffert sei, aber sich durch künftige Klimakosten schon irgendwie rechtfertigen lasse. Mit seriöser Kalkulation hat das nichts mehr zu tun, verehrte Damen und Herren der schwarzen Null.

Es hat auch nichts mit seriöser Wirtschaftspolitik zu tun, dass Sie nun versuchen, den Bürokratie-Apparat weiter aufzublähen; denn von den großen Summen, die Herr Söder bei Sonntagsreden verspricht, kommt bei uns hier unten in Bayern nichts mehr an.

Was will die CSU eigentlich? – Erst waren Sie gegen Windräder in Siedlungsgebieten; jetzt wollen Sie die Kommunen aktiv zum Bau ermuntern. Erst wollten Sie den Netzausbau vorantreiben; jetzt haben Sie begonnen, Ihre eigene Opposition zu spielen, und verzögern ihn seit Jahrzehnten. Erst wollten Sie marktwirtschaftliche Prinzipien einhalten; jetzt sollen es staatliche Koordinierungsstellen und Klimaräte sein.

Was passiert, wenn die Politik Bauherr spielt, sehen wir in Deutschland zuhauf. Ich nenne nur den Flughafen BER in Berlin und Stuttgart 21. Ihnen geht es aber nicht um die Autarkie der Bürger, sondern einzig und allein darum, dass die großen Stromversorger und partielle Interessen gefüttert werden. Sie schwadronieren lieber über EU-Richtlinien und verstecken sich hinter Paragraphen, statt Ihren Job einfach anständig zu erledigen. Der bestünde darin, Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Energieversorgung zu definieren, anstatt Staatswirtschaft zu initiieren. Sie subventionieren unwirtschaftliche Windkraft- und Photovoltaiktechnologie, die nur mehr am staatlichen Tropf hängt und bei der ersten Schieflage wie ein Kartenhaus zusammenfallen wird.

Meine Anfrage zum Plenum in der letzten Woche ergab übrigens erschreckende Zahlen. Die Windkraft in Bayern hat in den letzten fünf Jahren gerade einmal 19 % der installierten Leistung geliefert. Bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen waren es gerade einmal 11 %. Die Dach-Photovoltaikanlagen lieferten erschreckende 9 %

der installierten Leistung. Hören Sie also endlich damit auf, unsere Bürger mit Ihrer ideologisch forcierten Energiewende an der Nase herumzuführen und sie, schlimmer noch, auszunehmen!

Das dringlichste Problem sind unsere derzeitigen Energiekosten. Helfen Sie also dem bayerischen Patienten wieder auf die Füße, indem Sie da anfangen, wo es am meisten schmerzt. Ihr erfolgloser sogenannter Klimaschutz muss erst einmal hintanstehen; denn wir haben andere Probleme zu lösen. Deshalb mein letzter Satz: Ihr heute vorliegendes Klimagesetz ist unnötig wie ein Kropf. Es ist ein Schlag ins Gesicht aller Bürger, die das bezahlen müssen. Eine zukunftsfähige und bezahlbare Energieversorgung sieht anders aus. Wir lehnen deshalb Ihren Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Hahn. – Wir kommen zum nächsten Redner. Das ist der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Florian von Brunn. Bitte schön, Herr von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade wieder erlebt, dass die AfD überhaupt nichts zur Verbesserung des Klimas in Bayern beiträgt.

Klimaschutz ist eine extrem wichtige Aufgabe. Das haben wir im letzten Jahr, 2021, mit den furchtbaren Überschwemmungen und Sturzfluten in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen gemerkt. Wir haben das aber auch in Bayern an der furchtbaren Trockenheit in diesem Jahr und an den Ausfällen und Schäden in der Landwirtschaft gemerkt. 80 Milliarden Euro Schäden sind durch die Klimaveränderung und durch die Klimaüberhitzung in Deutschland in den letzten vier Jahren entstanden. Das zeigt, dass Handeln und echter Klimaschutz absolut notwendig sind.

(Beifall bei der SPD)

Das Problem ist: In Bayern gibt es seit 15 Jahren keinen wirklichen Fortschritt bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns die Bilanz der Regierung Söder anschauen. 2018 gab es große Ankündigungen: Wir machen ein Klimaschutzgesetz; wir machen Klimaschutz. – 2019 hat Herr Söder im Hofgarten Bäume umarmt. 2020 hat er dann endlich ein mangelhaftes Gesetz vorgelegt, das sich schnell als Schimäre und als völlig unzureichend herausgestellt hat, spätestens nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2021. Das hat Herr Söder aber nicht davon abgehalten, 2021 den "Klimaruck" zu fordern. Was ist das Fazit? – Null Fortschritt in der Klimaschutzpolitik durch diese Staatsregierung bis heute.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt greifen Sie zu Voodoo. Die Klimaneutralität 2040 soll offensichtlich durch Zauberei hergestellt werden, jedenfalls nicht durch konkrete Maßnahmen. Sie bringen hier ein Gesetz ein, in dem ein Klimaziel steht, aber keine konkreten Maßnahmen, mit denen ein ausreichender Klimaschutz erreicht werden kann. Sehen wir uns die Bruttostromerzeugung im Jahr 2021 an: Stillstand bei der Photovoltaik und bei allen anderen Energieträgern eher ein negativer Trend. Hier gibt es bisher nur Ankündigungen. Dabei wäre es so wichtig, hier weiterzukommen.

Das gilt auch für den Verkehrssektor, in dem wir die meisten Treibhausgase ausstoßen. Deswegen fordern wir für die erneuerbaren Energien: Der Windkraftstopp 10 H muss sofort weg! Die Geothermie muss ausgebaut werden! Wir wollen außer-

dem die Solarpflicht für alle Gebäude! Das steht auch in unseren Änderungsanträgen zum Gesetz.

(Beifall bei der SPD)

Im Verkehr müssen wir deutlich mehr investieren. Wir müssen stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren und landkreisübergreifende Expressbusverbindungen schaffen. Wir brauchen öffentlichen Verkehr auch im ländlichen Raum. Wir müssen die Kommunen unterstützen; der meiste Klimaschutz passiert vor Ort. Alles das steht in unseren Änderungsanträgen.

Ganz wichtig ist uns als SPD natürlich auch die soziale Ausgewogenheit von Klimaschutz. Deswegen ist dies ebenfalls ein wichtiger Teil unserer Änderungsanträge: soziale Gerechtigkeit und auch die Haushalte mit niedrigen Einkommen nicht zu vergessen. Wir brauchen in Bayern endlich einen echten Aufbruch im Klimaschutz. Natürlich wäre ein "Klimaruck" wichtig. Aber dafür brauchen wir andere Maßnahmen. Dafür brauchen wir eine andere Politik als die von Söders Klimabummel-Koalition. – Vielen Dank, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Es kommt eine Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Dr. Hahn.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Kollege von Brunn von der SPD, Sie blasen ja mit Söder und Co. in das gleiche Horn. Auch Sie wollen 10 H faktisch abschaffen, also diesen Mindestabstand von Windrädern – diesen 250 Meter hohen Monstern – zu den Häusern. Sie wollen, dass die Windräder direkt an die Häuser heranreichen, und das alles für einen ganz abstrakten Klimaschutz, den Sie hier propagieren.

Sie haben gesagt, Sie wollen das Klima verbessern. Ja, was ist denn "verbessern"? – Das Einzige, Pauschale, was ich hier von Ihnen höre, ist Ihre "Klimaüberhitzung", die Sie immer verhindern wollen. Aber wenn Sie wissen, was Klima ist, und das vielleicht davon unterscheiden können, was Wetter ist, dann schauen Sie mal auf den Wert des Klimas, zum Beispiel die Dezembertemperaturen der ältesten bayerischen Wetter- und Klimastation, die wir haben, der letzten 30 Jahre! Da haben wir einen Wert von circa einem Grad plus. Wenn wir allein die Werte von diesem Dezember angucken, sind wir schon bei zwei Grad minus. Das heißt, es gibt fast drei Grad Unterschied. Was machen Sie denn, wenn das so bleibt? Wollen Sie dann das Klima selber weiter aufheizen? Oder verstehen Sie endlich mal, dass der Klimawandel mit all seinen Schwankungen einfach eine natürliche Fluktuation ist und dass wir ihn nicht ändern können?

(Zurufe von den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte schön, Herr von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Ja, Herr Hahn, wir wissen ja, dass Sie der Wetterexperte, sozusagen der Wetterhahn der AfD-Fraktion sind,

(Zurufe von der AfD: Oh!)

aber tatsächlich ist es mit Ihren Erkenntnissen nicht sehr weit her. Sie leugnen permanent, dass es eine Klimaüberhitzung gibt und dass sie durch die Menschen verursacht wird. Damit stellen Sie sich doch selbst ins Abseits. Wir brauchen solche Debatten einfach nicht. Um Ihre eigenen Worte abzuwandeln: Sie sind doch als AfD die Fraktion, die null Leistung hier im Bayerischen Landtag bringt.



(Beifall bei der SPD – Lachen des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit darf ich den nächsten Redner aufrufen: Herrn Abgeordneten Christoph Skutella von der FDP. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Christoph Skutella (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bayerische Klimaschutzgesetz ist nun generalrenoviert – in Anführungszeichen – aus den Ausschüssen gekommen. Aber um die Änderungen zu erkennen, benötigt man durchaus guten Willen und für ihre Umsetzung auch eine gehörige Portion Hoffnung. Da wären zum einen die vorgezogenen Ziele. Abgekoppelt von internationalen oder nationalen Zielmarken, setzt die Staatsregierung die Klimaneutralität Bayerns auf 2040 fest. Dabei sehen wir zwei Probleme:

Erstens. Wie sollen bayerische Unternehmen, die am Europäischen Emissionshandel teilnehmen, sich nun verhalten? Welches Ziel gilt für sie? Rein rechtlich gesehen, müssen sie erst 2050 klimaneutral sein. Gleicht die Staatsregierung den Ankauf von Zertifikaten für Unternehmen nach 2040 aus, oder dürfen diese Unternehmen auch nach 2040 Treibhausgase emittieren? Antworten bleibt uns die Staatsregierung wie so oft schuldig. Unsere Meinung ist, dass bayerische Unternehmen die Freiheit haben müssen, sich im internationalen Wettbewerb auch nach internationalen Zielen orientieren zu können. Andernfalls muss der Freistaat für diese ökonomischen Nachteile aufkommen.

Zweitens. Man kann als Industrieland ja durchaus sagen: Wir ziehen die Klimaziele vor, damit andere Länder mehr Zeit haben, klimaneutral zu werden. – Aber dann muss man als Staatsregierung auch einen Fahrplan auf die Beine stellen, mit dem man diese vorgezogene Klimaneutralität erreichen kann.

(Beifall bei der FDP)

Die Umsetzung durch das Maßnahmenpaket ist höchst fraglich. Wie wollen Sie beispielsweise in den Bereichen Gebäude und Verkehr innerhalb von 18 Jahren klimaneutral werden? Glauben Sie ernsthaft, dass Ihr Maßnahmenpaket irgendeinen signifikanten Ausschlag für notwendige CO<sub>2</sub>-Einsparungen gibt? – Ich bezweifle dies sehr. Zum Beispiel stehen 18 Maßnahmen im Bereich "Wohnen und Bauen" an, 5 davon befassen sich mit Holz als Baustoff. Davon wird der Gebäudesektor doch nicht klimaneutral! 85 bis 90 % des heutigen Gebäudebestands werden auch 2040 noch stehen. Die meisten Gebäude werden mit fossiler Wärme geheizt. In all diesen Gebäuden muss ein Austausch der Heiz- und Kühltechnik her, und das erreicht man nicht, indem man den Holzbau für den Neubau fördert.

Einer unserer Hauptkritikpunkte im Ausschuss war das fehlende Monitoring zu den Maßnahmen und Zielen des Gesetzes. Aktuell gibt es keinerlei Informationen, inwiefern die flankierenden Maßnahmen überhaupt eine Klimawirkung entfalten und wie hoch ihr Beitrag zum Erreichen der Klimaziele sein kann. Uns fehlt ein umfassendes Monitoringsystem, welches einerseits die Wirksamkeit und Effizienz im Auge behält und andererseits mit wirksamen Maßnahmen entgegensteuern kann, falls die Anstrengungen keine positive Wirkung fürs Klima erzielen.

Im Gesetzentwurf gibt es auch kein Wort und keine Kommentierung unserer 15 Änderungsanträge im Ausschuss. Es wird nichts darüber verloren, wie wir mit den Emissionen bis 2050 umgehen. Es wird nichts darüber verloren, wie wir Carbon Leakage bekämpfen, also nicht nur ins europäische und außereuropäische Ausland – das sind sowieso schon Herausforderungen, vor denen wir stehen –, sondern natürlich jetzt auch noch national, in andere Bundesländer beispielsweise. Es gibt kein Wort zu CCUS, kein Wort zur Bildung für nachhaltige Entwicklung und

auch kein Wort zum wichtigen Thema der Kreislaufwirtschaft. All dies haben wir vermisst und noch viel mehr.

Stand heute muss ich leider feststellen, dass die Staatsregierung Klimaschutz nach dem Prinzip Hoffnung betreibt. Effektiver, effizienter und vor allem engagierter Klimaschutz sieht anders aus. Deswegen werden wir den Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter. – Der zuständige Umweltminister, Herr Glauber, hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz):** Sehr verehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Weltklimakonferenz in Ägypten – ganze Horden von Bundespolitikern sind mit eigens gecharterten Maschinen nach Ägypten geflogen, um bei der Weltklimakonferenz das Weltklima zu verhandeln.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Zurückgekommen ist man mit mauen und mageren, mit null Ergebnissen. Und in der heutigen Debatte müssen wir uns anhören, wie Klimaschutz im Prinzip wirklich weltweit betrieben wird!

Wir in Bayern gehen Klimaschutz kraftvoll an. Wir haben uns mit unserem zweiten Klimaschutzgesetz das Ziel gesetzt, Bayern bis 2040 klimaneutral zu machen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir werden diese Aufgabe mit ganzer Kraft angehen. Natürlich ist die bayerische Gesetzgebung – der Kollege Skutella hat es zu Recht angesprochen – von einer Bundesgesetzgebung flankiert, und die Bundesgesetzgebung zum Klimaschutz ist natürlich letztendlich die gegenüber anderen Ländern maßgebende. Bayern hat sich mit seinem Ansatz, dass wir schneller sein wollen – über diese 150 Maßnahmen, über die Finanzierung, über das Begleitgesetz –, genau dieses Ziel gesetzt, die Bundesaufgabe in Bayern zu unterstützen und sie noch schneller zu erledigen. Natürlich ist es unser Anspruch im Freistaat Bayern, bis 2040 – anders als der Bund 2045 oder die EU 2050 – klimaneutral zu werden, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich bin sehr dankbar, dass wir hier gemeinsam vorangehen. Die Reduktionsziele von 65 % bis 2030 zeigen, dass wir uns als Maßgabe, als Benchmark auch Zwischenziele gegeben haben.

Wir haben einen Koordinierungsstab eingerichtet, und in Zukunft wird hier jährlich berichtet, inwieweit die Maßnahmen und damit auch die Ziele erfüllt werden. Genau das war der Anspruch: Eine Staatsregierung hat immer wieder bei diesem Gesetz gegenüber dem Landtag und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft abzulegen, inwieweit man bei dem Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit gemeinsam vorangeht.

Die 150 Maßnahmen werden immer wieder als nicht umfassend genug und als nicht ausreichend gezeißelt. Schauen Sie, wir haben jetzt gerade einen Haushalt in der Entstehung, der dann im Landtag beraten wird. In diesem Haushalt sind noch mal zusätzlich zur Milliarde 500 Millionen Euro explizit für erneuerbare Energien eingelegt worden. Wer heute klimaneutral leben will, der muss eines tun: Er

muss maximal auf erneuerbare Energien setzen. Er muss den Ausbau der erneuerbaren Energien nach Kräften voranbringen. Diese Staatsregierung und die Koalitionsfraktionen werden den Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern in einem Maße wie kein anderes Bundesland voranbringen. Das sage ich Ihnen voraus, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Schauen Sie sich doch den Ländervergleich an! Wir müssen den Ländervergleich doch nicht scheuen. Es gibt kein vergleichbares Bundesland, das bei der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien Bayern auch nur annähernd das Wasser reichen kann.

Sie sprechen immer davon, dass Bayern bei den erneuerbaren Energien nicht unterwegs ist. Sie müssen aber auch die Zahlen akzeptieren. Die Zahlen zeigen ganz klar, dass Bayern bei den erneuerbaren Energien stark und gut ist und auch in Zukunft den richtigen Weg gehen wird, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lieber Kollege Stümpfig, zu den Windkraftträgern: Ich freu mich schon auf den Vergleich am Ende des Jahres 2023 oder zur Wahl 2023. Baden-Württemberg können Sie da nämlich herausziehen. Ich sage Ihnen: Wir haben aktuell 100 Windräder in Planung und in Vorbereitung. Das zeigt, dass unsere Maßnahmen hinsichtlich der Windkraft absolut greifen. Allein im Frankenwald werden 15 Windräder errichtet. Bei Wacker Chemie sollen 25 Windräder errichtet werden. Allein 40 Windräder sollen in zwei Parks errichtet werden, damit am Ende des Tages die Deindustrialisierung in Bayern eben nicht stattfindet,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

sondern die erneuerbaren Energien den Wirtschaftsstandort Bayern stärken, damit wir am Ende Weltmarktführer bei hochwertigen Arbeitsplätzen bleiben. Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich freue mich mit Blick auf diese 100 Windräder auf den Vergleich mit Baden-Württemberg. Ich sage Ihnen jetzt schon voraus: Da werden manchen die Augen tränen, wenn sie sehen, wie Baden-Württemberg dieses Thema aufsetzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir denken die Themen Photovoltaik und Windkraft zusammen. Wir wollen nicht nur auf eine Technologie setzen, sondern wir setzen auf alle Technologien. Wir haben schon immer auf die Biomasse gesetzt; wir haben schon immer auf die Wasserkraft gesetzt; wir haben schon immer auf die Geothermie gesetzt; wir haben schon immer auf die Photovoltaik gesetzt; wir haben schon immer auf die Windkraft gesetzt und werden dies jetzt noch mehr tun.

Eine Technologie, die Sie zumindest auf der Bundesebene nicht lieb gewonnen und nicht im Blick haben, betrifft Holz. Ich weiß nicht, warum Sie dort, wo Sie Verantwortung tragen, auf Europa- und auf Bundesebene immer wieder am Thema Holz vorbeidiskutieren,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

warum Sie das Thema Holz nicht können. Wer den Klimawandel meistern will, muss den Wald umbauen. Wer Waldbau will, muss auch den wunderbaren Roh-

stoff Holz kennen und ihn am Ende des Tages als erneuerbare Energiequelle einsetzen. Wir werden bei unseren Waldbäuerinnen und -bauern sein; wir werden bei den Bürgerinnen und Bürgern sein. Wir werden diesen Energieträger, der schon Generationen Wärme gespendet hat, nach wie vor nicht aus dem Blick verlieren.

Die Kommunen haben ab dem Jahr 2000 Nahwärmekraftwerke gebaut, sie haben Hackschnitzelheizwerke gebaut. Dafür haben wir sie gelobt. Lassen Sie uns diese Idee nicht kaputt machen. Wir werden sie in Bayern nach Kräften unterstützen. Ich bin den Regierungsfractionen dafür dankbar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Sie haben beim Thema erneuerbare Energien den Elektrolyseur angesprochen. Wir haben eine Wasserstoffstrategie aufgesetzt, die dazu führen wird, dass wir mit dem neuen Fördervolumen jeden Landkreis, der das möchte, unterstützen können. Wir werden die Kommunalwerke beim Bau von Elektrolyseuren vor Ort unterstützen. Mit diesen Elektrolyseuren vor Ort werden wir beides hinbekommen: Auf der einen Seite werden wir erneuerbare Energien just in time produzieren, auf der anderen Seite können wir aber während der Überschusszeit kostbaren Wasserstoff herstellen. Wir werden in unserem Land nämlich nach wie vor in der Industrie Feuerprozesse benötigen. Dazu ist der Wasserstoff der richtige Weg; da ist die Methanisierung der richtige Weg. Wir werden erneuerbare Energien und die Wasserstoffstrategie zusammen vorantreiben. Wir werden diesbezüglich die Nummer eins in Deutschland sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich danke den Hochschulen und den Universitäten für die kraftvolle Rückendeckung und für die Unterstützung. Dies zeigt auch, dass in der Gesellschaft dieser Umbau hoch akzeptiert wird. Die letzten Umfragen zeigen auch, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen Weg für richtig halten.

Sprechen wir über die Finanzierung. Bayern hat 1 Milliarde Euro und dann noch einmal 500 Millionen Euro für erneuerbare Energien eingesetzt. Wir haben viele Fragen an den Bund gerichtet. Ich bin dankbar, dass in der Umweltministerkonferenz die Kolleginnen und Kollegen Umweltminister der SPD für unsere Forderung eingetreten sind. Über die CO<sub>2</sub>-Bepreisung nimmt der Bund in diesem Jahr 20 Milliarden Euro ein, Kolleginnen und Kollegen. Damit die Finanzierung in den Kommunen und in den Städten funktioniert, haben wir gefordert, dass der Bund 25 % dieser Einnahmen an die Länder zurückgibt. Für die Länder wären das 5 Milliarden Euro, Kolleginnen und Kollegen, für Bayern 700 Millionen Euro. Die SPD-Kolleginnen und -Kollegen haben mitgestimmt; die grünen Kollegen haben dies abgelehnt. Man will den Ländern kein Geld geben. Sie wollen, dass die Kommunen kein Geld bekommen. Das ist Ihre Politik. Wenn die Umweltministerkonferenz den Ländern für den Klimaschutz kraftvoll Geld geben will, sperren sich die grünen Umweltminister, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Ich sage Ihnen auch: Wir sind keine Politiker, die Scheuklappen aufhaben und Themen nur monokausal voranbringen. Sie haben wieder einmal einen Dringlichkeitsantrag gestellt, in dem Sie letztendlich jedes Straßenbauprojekt generell ablehnen. So wie Sie in einem Flächenland wie Bayern mit den Menschen umgehen, gehen Sie auch mit dem Klimaschutz um. Sie machen immer nur eines, und das brutal. Das ist nicht der Weg, den wir als Koalition gehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben im Flächenland Bayern die Menschen im Auge. Man muss alles können und kennen. Wer Mobilität will, muss auch Straße können. Wie wollen Sie sonst Mobilitätskonzepte für ein Flächenland entwickeln? – Sie haben nur den städtischen Wähler im Blick – das ist Ihre Politik –; wir haben alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern im Blick.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir wollen Politik für alle machen.

Herzlichen Dank! Ich bitte um Zustimmung zu diesem Klimaschutzgesetz. Der Freistaat wird seiner Aufgabe gerecht. Danke an die Koalition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich darf den Kollegen Stümpfig bitten, seine Zwischenbemerkung zu machen.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Lieber Staatsminister Glauber, noch kurz zur Windkraft: Warum habt ihr es vor vier Jahren im Koalitionsvertrag nicht geschafft, 10 H zu kippen?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Er hat kein anderes Thema mehr!)

Dann hätten wir nämlich schon lange den Boom. Diesen Boom haben wir jetzt aufgrund des Wind-an-Land-Gesetzes der neuen Ampel-Regierung und durch eine Öffnung der Landschaftsschutzgebiete, zum Beispiel im von dir angesprochenen Frankenwald.

(Alexander König (CSU): Wir können den Schmarrn wirklich nicht mehr hören!)

Man weiß also ganz genau, woher das kommt.

Nun zu meiner Frage. Seit drei Jahren gibt es das Klimaschutzprogramm mit bis zu 150 Maßnahmen. Ich habe in meiner Rede einmal aufgezählt, wie dünn das oft ist, da es nicht konkret ist, da nicht drinsteht, bis wann wie was genau gemacht werden soll. Wir haben immer noch steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen. Wann werden in Bayern die CO<sub>2</sub>-Emissionen endlich sinken? Wann kommen endlich handfeste Maßnahmen?

Noch eine letzte Frage. Ich habe die CSU schon dreimal gefragt; gerade eben habe ich den Kollegen Zierer gefragt. Jetzt frage ich noch einmal: Warum habt ihr die Klimalotsen, die für die Kommunen wirklich eine Unterstützung darstellen, aus dem Klimagesetz wieder herausgestrichen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz):** Beginnen wir mit Ihrer letzten Frage, mit den Klimalotsen. Die Klimalotsen – das weiß jeder, der in den Kreistagen oder Stadtparlamenten verankert ist – gibt es seit vielen Jahren. Das ist keine neue Idee. Hoffentlich haben alle Landkreise, alle 71 Gebietskörperschaften Klimalotsen eingesetzt. In Bayern gibt es also Klimalotsen. Die Klimalotsen machen einen hervorragenden Job.

Zur zweiten Frage. Wir haben 100 neue Stellen geschaffen, Kollege Stümpfig, um dieses Thema gerade jetzt zu befeuern. Wir haben Windkraftkümmerer eingesetzt, die draußen beraten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir haben in Bayern elf Energieagenturen. Wir unterstützen Sie bei ihrem Job, den Klimawandel zu meistern. Wir haben eine Landesagentur für Energie und Klimaschutz gegründet.

(Zuruf von den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Hören Sie doch zu! Da wir so viel gemacht haben, fällt dies natürlich schwer. Das müssen Sie ertragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben ein ÖIB. Wir haben Stellen für das Moorschutz-Management geschaffen. Es sind also sehr viele Dinge passiert. Daher wird die Kritik, dass wir nichts tun würden, so nicht haltbar sein. Die Bürgerinnen und Bürger spüren dies auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Vielen Dank. – Die nächste Zwischenbemerkung ist vom Kollegen von Brunn. Bitte schön.

**Florian von Brunn (SPD):** Lieber Thorsten Glauber, ich habe zuerst die Bitte an die Staatsregierung, sich nicht mit fremden Federn zu schmücken. Sie haben gerade den Frankenwald mit dem Windpark am Rennsteig angesprochen. Derjenige, der ihn vorantreibt, ist der SPD-Bürgermeister Timo Ehrhardt in Ludwigsstadt; es sind nicht die FREIEN WÄHLER und die CSU.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Mimimi! Mimimi!)

Der Punkt ist doch, ganz ehrlich, dass Sie uns jetzt das Blaue vom Himmel versprechen. Der Verband kommunaler Unternehmen hat in seiner Stellungnahme zu Ihren Änderungen bezüglich des Ausbaus der Windkraft gesagt, dass davon keine Ausbaudynamik zu erwarten ist. Sie pfeifen immer lauter im Wald. Davon werden aber keine Windräder gebaut. Sie sind weder bei den erneuerbaren Energien ausreichend vorangekommen noch beim Ausbau des klimafreundlichen öffentlichen Verkehrs. Wo sind denn die Fortschritte im Klimaschutz?

(Widerspruch des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Jetzt stellen Sie sich hin und sagen: Wir setzen uns ein ehrgeiziges Ziel, und das werden wir schaffen. – Das ist reine Ankündigungspolitik, mehr nicht.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Alexander König (CSU): Nur motzen, motzen, nichts wissen, nichts machen! – Petra Guttenberger (CSU): Glauben Sie das wirklich?)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz):** Schauen Sie, Herr Kollege von Brunn, ich schätze Timo Ehrhardt sehr. Ich bin jetzt seit 15 Jahren im Bayerischen Landtag. Timo Ehrhardt, in Oberfranken gewählt, ist ein guter Kollege aus der Kommunalpolitik. Anders als Sie behaupten, war ich im Frankenwald selbst bei drei Gesprächsrunden. Ich sage nicht, wer dabei war. Es waren nicht immer alle dabei, von denen Sie glauben, dass Sie dabei waren.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das waren drei Gesprächsrunden mit der Glasindustrie. Wir haben im Prinzip letztendlich abgesteckt, was wir wollen. Dann war die Aufgabe, mit der Regierung von Oberfranken den Weg zu bereiten, um diese Windkraftträder zu bauen. Wir haben den Weg bereitet – seit einem halben Jahr. Wir haben im Prinzip die Flächen ausgelotet. Ich sage es noch mal: Ich war mehrmals vor Ort, um am Ende die, die Sorge hatten, dass es nicht vorangeht, auch davon zu überzeugen, dass wir es gemeinsam hinbekommen. Wir haben jetzt sogar am Ende die Bürger in einem Votum mit eingebunden. Mehr kann man nicht tun.

(Florian von Brunn (SPD): Sie waren nicht Bürgermeister, oder?)

Ich kann nur sagen: Sie waren zumindest meines Wissens nie im Frankenwald. Ich war mindestens viermal im Frankenwald. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden. Wissen Sie, ich mache im Prinzip die Politik für die Bürger. Ich mache reale Energiewende, ich mache Projekte machbar. Das ist der Unterschied zwischen uns zweien.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Florian von Brunn (SPD): Der Unterschied ist, dass du nicht weißt, was du sagst!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Staatsminister, es gibt noch eine weitere Zwischenbemerkung vom Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Herr Staatsminister, ich habe nur eine Nachfrage: Können Sie mir erklären, woher die Kollegen Stümpfig und von Brunn ihre unglaubliche Arroganz und Überheblichkeit nehmen?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Herr Bausback, das haben wir uns von den FREIEN WÄHLERN und der CSU abgeschaut! – Ruth Müller (SPD): Weihnachtsfrieden! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dann von beiden Seiten!)

**Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz):** Ich bin dafür, dass wir als Regierungsfaktionen unsere Aufgabe letztendlich vorantreiben. Wir haben uns gute Ziele gesetzt. Lasst uns gemeinsam diese wichtige Aufgabe auch erfüllen! Das ist gut so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf der Drucksache 18/23363, die Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf den Drucksachen 18/24855 und 18/25626, die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 18/24650 mit 18/24659, der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 18/24843 mit 18/24847, der FDP-Fraktion auf den Drucksachen 18/24766 mit 18/24780 und die Empfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz auf der Drucksache 18/25641.

Zuerst ist über die vom federführenden Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zur Ablehnung empfohlenen und soeben genannten 30 Änderungsanträge der Oppositionsfaktionen abzustimmen.

Wie bereits erwähnt, wird auf Wunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über ihren Änderungsantrag auf der Drucksache 18/24654 in namentlicher Form abgestimmt. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über alle anderen Änderungsanträge gemeinsam abgestimmt werden soll.

Wir beginnen jetzt also mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/24654. Die Abstimmung wird elektronisch durchgeführt. Verwenden Sie bitte Ihr Abstimmungsgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben. Wenn es technische Einzelprobleme gibt, bitte sich vorne melden.

Ich darf auch gleich bekannt geben, dass für den nächsten Tagesordnungspunkt 5 von der AfD namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

(Namentliche Abstimmung von 16:04 bis 16:07 Uhr)

Gibt es noch Kolleginnen oder Kollegen, die ihre Stimme noch nicht abgeben konnten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben.

Nun kommen wir zur gemeinsamen Abstimmung über die restlichen 29 Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP und die AfD. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen! – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten Markus Bayerbach und Christian Klingen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt, diese Änderungsanträge sind abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung noch nicht vorliegt, wird die Sitzung bis zur Vorlage des Abstimmungsergebnisses unterbrochen. Sobald das Ergebnis vorliegt, werden wir die Sitzung wieder fortsetzen.

(Unterbrechung von 16:09 bis 16:10 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Mitarbeiterinnen haben schnell gezählt. Ich eröffne die Sitzung wieder und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Es ging um den Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften, hier: Wirksames Klimaschutzprogramm und Anpassungsstrategie, Drucksache 18/24654. Mit Ja haben 46 gestimmt. Mit Nein haben 109 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 0. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf der Drucksache 18/23363. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt Zustimmung zum Gesetzentwurf mit der Maßgabe, dass mehrere Änderungen durchgeführt werden, insbesondere die Einfügung eines neuen § 4, "Änderung des Bayerischen Grundsteuergesetzes". Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass weitere



Änderungen durchgeführt werden. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 18/25641.

Wer jetzt nur dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU-Fraktion sowie der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Bitte die Gegenstimmen anzeigen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FDP, die AfD sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist das so beschlossen. Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer also dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER einschließlich der beiden "ohnsitzlosen" Abgeordneten sowie der fraktionslose Abgeordnete Klingen. Ich bitte die Gegenstimmen auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Bayerbach. Stimmenthaltungen bitte ebenso anzeigen. – Ich sehe keine.

Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/24855 und 18/25626 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)**  
**Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten! (Drs. 18/24147)**

Dazu ist, wie gesagt, namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist Prof. Dr. Ingo Hahn von der Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Rundfunk ist in den letzten Monaten wahrlich in aller Munde gekommen. Besonders wir von der AfD sehen hier großen Handlungsbedarf und haben bereits mehrfach die Reform des bestehenden Systems angemahnt – so auch in diesem Antrag.

Schauen wir uns doch einmal an, was das Volk, die bayerische Bevölkerung, die deutsche Bevölkerung, zu diesem Zwangsfunk zu sagen hat. Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos vom November – also frisch und aktuell – ergab Folgendes:

Lediglich 30 % – oder: knapp jeder Dritte – sprechen sich dafür aus, dass ARD und ZDF wie bisher je ein eigenständiges Fernseh- und Onlineprogramm bereitstellen sollen. Dagegen würden 35 % eine Zusammenlegung der beiden Sender begrü-

ßen. Weitere 35 % sind für eine vollständige Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. – Passend dazu hat gerade der Bayerische Rundfunk hier seine Kamera abgebaut; die wollen so etwas natürlich nicht senden und werden es auch nicht senden.

Interessant ist aber auch, dass ein großer Anteil der Wählerschaft des bürgerlichen Lagers, meine Damen und Herren hier vorne, eine vollständige Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks befürwortet, nämlich 27 % der FDP-Wähler und 30 % der Unionswähler. Beliebter ist nur noch der Vorschlag der Zusammenlegung der beiden Sender; diesen bevorzugen 48 % der FDP-Anhänger sowie 42 % der Unionsanhänger. Man höre und staune!

Quasi stellvertretend für die große Mehrheit der Unionswähler brachte der sächsische Ministerpräsident Kretschmer am vergangenen Wochenende die Situation des Rundfunks in Deutschland auf den Punkt – ich zitiere –: Wir haben eine Legitimationslücke. Die Leute sind unzufrieden mit ARD und Co.

Interessanterweise haben die Reaktionen der Bürger im Land und die vielen guten Anträge der AfD zur Rundfunkreform im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst – dort wird das ja verhandelt; passend dazu ist Minister Blume gerade gegangen; es interessiert ihn nicht – keine Berücksichtigung gefunden. Ich kann Ihnen so viel sagen: Über 80 % der Petitionen im Wissenschaftsausschuss sind genau zu diesem Thema: Rundfunk und Gebühren. – Und der Minister geht genau bei diesem Tagesordnungspunkt hinaus.

(Zuruf von der CSU: Er ist nicht der zuständige Minister!)

Von dem Reformbedarf wird trotzdem gesprochen. Ein erster – kleiner – Schritt ist ja gemacht: Es gibt jetzt nämlich eine Anhörung.

Warum aber nicht gleich einen großen Schritt machen, warum nicht einen Schritt weiter gehen? Wir haben ja gesehen, wie die Leute darauf reagieren. Es ist doch mehr als evident, dass das jetzige System überholt ist. Denn: Ein Skandal reiht sich an den nächsten. Die fiskalischen Sünden der Sendeanstalten reißen nicht ab; wir denken an die horrenden Gehälter und Ruhestandsbezüge.

Und: Das Angebot im TV erreicht fast nur noch Zuschauer über 60 Jahre; sowohl bei der ARD als auch beim ZDF liegt der Durchschnitt weit über 60. Politische Indoktrination in Dauerschleife ist die Regel. Trotzdem steigen die Beiträge unentwegt weiter an. – Schön, dass Sie wieder da sind, Herr Minister Blume. Vielleicht freuen Sie sich auch persönlich, wenn die Beiträge das einmal nicht tun. – Bis hierhin haben die Leute es stehen, meine Damen und Herren, bis hierhin: Oberkante Unterlippe!

Lassen Sie mich zum Schluss die Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion – interessanterweise Frau Gitta Connemann von der CDU –, die sich jüngst wie folgt äußerte, zitieren:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss reformiert werden – jetzt. Und ohne Denkverbote. [...] Er muss sich wieder auf seine Kernaufgaben fokussieren: [...] Information, Bildung, Beratung, Unterhaltung und Kultur. Punkt.

Dem, meine Damen und Herren, kann ich mich hier nur anschließen, und ich sage: Ja, aber dann wirklich jetzt!

Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie zu!

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Stephan Oetzingler von der CSU-Fraktion.

**Dr. Stephan Oetzingler (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! In der Tat ist es so, dass der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst immer wieder über die Reformbedürftigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks diskutiert.

Lieber Herr Hahn, nach vier Jahren Zugehörigkeit zu diesem Ausschuss hat auch Ihnen nicht entgehen können, dass der für den Bereich des öffentlichen Rundfunks zuständige Minister nicht Staatsminister Blume, sondern Staatsminister Dr. Herrmann ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zudem ist an dieser Stelle eines zu sagen, meine Damen und Herren: Wir diskutieren seit vielen Jahren den Reformbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auch wir, die CSU-Fraktion, insbesondere Kollege Alex Dorow, haben immer wieder betont, dass wir Reformbedarf sehen. Somit haben wir gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN vor zwei Wochen den Antrag auf Durchführung einer Anhörung eingebracht mit dem Ziel, den Reformbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks genauer zu erörtern und die notwendigen Reformen auf den Weg zu bringen.

Es geht also bei der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht um die Frage des Ob, sondern um die Frage des Wie. Gerade dazu ist Ihr Antrag, der auch im Ausschuss schon intensiv diskutiert wurde, der falsche Weg. Warum das so ist, möchte ich an einigen wenigen Punkten deutlich machen:

Erstens muss nicht das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verschlankt werden, sondern seine Strukturen. Bevor man an eine entsprechende Neustrukturierung geht, gilt es zu definieren, was denn die sogenannte Grundversorgung tatsächlich darstellen soll. Hier bleibt Ihr Antrag eine entsprechende Ausführung schuldig.

Klar ist, dass die Programmfelder geprüft werden müssen; die von Ihnen genannten Programmbereiche wirken allerdings rein willkürlich gewählt, liebe Kollegen von der AfD.

Zudem ist eine wesentliche Reduzierung nicht mit dem Grundsatz der Rundfunkfreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes und auch nicht mit dem einschlägigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Rundfunk vereinbar.

Viertens soll der Rundfunkbeitrag natürlich im Idealfall sinken oder zumindest eine konstante Entwicklung haben und stabil bleiben. Hier allerdings zunächst eine Senkung auf den Weg zu bringen, ohne die tatsächlichen Bedarfe zu ermitteln, springt aus unserer Sicht deutlich zu kurz. Ein vollständiger Verzicht auf Werbung und Sponsoring würde nach dem jetzigen System dazu führen, dass die aktuellen Gebühren steigen müssten. Auch das würde dem geforderten Ziel der Konstanz bzw. einer Senkung der Gebühren entgegenlaufen.

(Unruhe)

Die aktuell genannten und in Ihrem Antrag zur Sprache kommenden Fehlentwicklungen, insbesondere die Ereignisse rund um die ehemalige Intendantin des RBB, wurden bereits entsprechend gewürdigt. So hat sich die Rundfunkkommission intensiv mit dem Thema befasst und angemahnt, dass eine verantwortungsvolle und sorgsame Verwendung der Gebühren durch die Intendanten und entsprechenden Gremien der Anstalten zu gewährleisten ist.

Zudem fordert die Kommission – das ist meines Erachtens auch wichtig und richtig –, dass eine interne Aufsichts- und Compliance-Struktur bei allen Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entsprechend überarbeitet werden muss. Uns als CSU-Fraktion ist gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, den FREIEN WÄHLERN, der Reformbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bewusst. Dieses Thema sind wir auch vor der AfD angegangen und haben deshalb eine Anhörung auf den Weg gebracht. Wir werden uns im kommenden Jahr mit dieser Anhörung im Fachausschuss beschäftigen und die notwendigen Schlüsse ziehen. – Ihren Antrag von der AfD brauchen wir dazu nicht und lehnen ihn daher auch ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der Abgeordnete Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Herr Hahn, bitte.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Kollege Dr. Oetzing von der CSU, ich hatte es gerade eben gesagt: Über 80 % der Petitionen drehen sich um das Thema des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Rundfunkbeiträge; das wissen Sie genauso gut wie ich. Wenn Sie sagen, der Minister Herrmann sei hierfür eigentlich der richtige Ansprechpartner, dann weiß ich nicht, ob Sie ihm damit jetzt einen Gefallen tun, aber ich persönlich habe ihn noch nie im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst gesehen. Es wäre dann doch eigentlich auch sinnvoll, dass er dort einmal auftaucht; es sei denn, er hat kein Interesse an diesem Anliegen der Bürger.

Ich wollte aber eigentlich auf ein anderes Thema zu sprechen kommen: Das betrifft die Streiks beim ZDF. Heute Morgen ist ja sozusagen das "Morgenmagazin" ausgefallen. Es gibt die Forderung Ihrer Union, die Grundversorgung sicherzustellen; darüber kann man ja reden. Heute Morgen gab es noch nicht einmal die Grundversorgung mit Nachrichten, weil die Millionärin und ZDF-Moderatorin Dunja Hayali zusammen mit anderen einfach gestreikt hat. Es gab keine Nachrichten, also auch keine Grundversorgung. Meine generelle Frage an die CSU: Warum haben Sie in der Vergangenheit keinem der zahlreichen Anträge der AfD zu einer Rundfunkreform zugestimmt?

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Bitte achten Sie auf Ihre Redezeit!

**Dr. Stephan Oetzing (CSU):** Lieber Herr Kollege Hahn, ich habe deutlich gemacht, dass wir als Regierungsfaktionen uns diesem Thema widmen. Übrigens weise ich deutlich zurück, dass der Staatsminister Herrmann kein Interesse am Thema Rundfunk hat. Er hat immer wieder bewiesen, dass er sich mit dem Thema auseinandersetzt. Wie Ihnen nicht entgangen sein dürfte, sind auch immer wieder Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei zu den einzelnen Petitionen im Ausschuss anwesend.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat nun die Kollegin Susanne Kurz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Susanne Kurz (GRÜNE):** Es ist leider traurig. Man will schon gar keine Reden mehr schreiben, weil man hier erst einmal Fortbildungsunterricht leisten und erklären muss, wie öffentlich-rechtlicher Rundfunk überhaupt strukturiert ist und was dessen gesetzliche Grundlagen sind. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat die Rechtsaufsicht über den BR. Die Staatskanzlei mit dem Medienminister Florian Herrmann verhandelt die Medienstaatsverträge, die dafür zuständig sind,

wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk strukturiert ist, wie die Landesrundfunkanstalten funktionieren usw.

Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal einen CSU-Minister verteidigen muss, aber er ist tatsächlich ehrenamtlich unter anderem im Rundfunkrat, in dem auch ein Kollege der AfD sitzt. Wenn man sich in der Fraktion ein bisschen besser verstehen würde, dann könnte man dort auch einmal weitersagen, dass ein ehrenamtlich aktiver CSU-Minister sich sehr wohl auch für Belange der Öffentlich-Rechtlichen engagiert, was man – jetzt wird es leider wieder bitter, liebe CSU; der Minister wehrt auch schon ab – von dem Minister leider nicht immer behaupten kann. Noch in diesem Sommer hat er einen Tweet von Julian Reichelt retweetet, in dem es hieß – ich zitiere: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hätte "[...] den einzigen Talk-Moderator [...], der nicht linksextrem und nicht Propagandist ist [...]" abgesetzt. – Ich fand es schon ziemlich harten Tobak, dass ein Minister, der hier Medienstaatsverträge verhandelt, ausgerechnet solche Tweets von Julian Reichelt retweetet und damit dessen propagandistischen YouTube-Kanal befördert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Auch aus anderer Ecke ist die CSU-Fraktion nicht gerade als große Unterstützerin der Öffentlich-Rechtlichen bekannt. Um den Landtag herum wurden wir mit Plakaten vom rechten Flügel der CSU beglückt,

(Heiterkeit bei der AfD)

die vielleicht der AfD nahefeiern wollen. "Mangelnde Meinungsvielfalt, Umerziehung und Verschwendung – Brauchen wir ARD und ZDF noch?", hieß es. Ich habe mich wirklich fremdgeschämt, dass in einer Stadt wie München von Umerziehung die Rede ist, wohin so viele Menschen aus den uigurischen Gebieten Chinas geflüchtet sind, die wissen, was Umerziehung bedeutet und welche Konsequenzen sie hat. – Das soll es mit meinen Bemerkungen zur Medienpolitik der CSU aber auch gewesen sein.

Auf der Seite der AfD ist unter "zeitgemäße Medienpolitik" Folgendes zu finden: "Die Zwangsfinanzierung des öffentlichen Rundfunks ist umgehend abzuschaffen und in ein Bezahlfernsehen umzuwandeln." – Das ist das Zitat des einzigen Satzes der bayerischen AfD zur Medienrundfunkpolitik.

(Unruhe)

An dem von Ingo Hahn Eingebrachten sieht man, dass die AfD nicht einmal weiß, wie Rundfunk funktioniert, kontrolliert wird und strukturiert ist. Wenn ich dann zum einen lese, dass man das Ganze eigentlich in ein Bezahlfernsehen umwidmen will, dass es also viel mehr kosten soll als jetzt, und zum anderen in diesem Antrag "Verschlankung" lese, muss ich sagen: Wer hier von Verschlankung spricht, der meint in Wirklichkeit die Schwindsucht, und das werden wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Sicherung der Attraktivität des öffentlich-rechtlichen Fernsehens müssten wir in der Tat an die Struktur des Öffentlich-Rechtlichen herangehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Hier sind aber wir in der Politik gefordert, weil wir nämlich den Auftrag gemeinsam mit der Rundfunkkommission der Länder verhandeln. Dieser Auftrag muss finanziert werden; das bestimmt die Höhe der Gebühren.

Die Sicherung der Attraktivität für junge Menschen bezieht sich übrigens nicht nur auf das Fernsehen. Für Menschen mit anderen Muttersprachen gab es jetzt in der Ukraine-Krise und Corona-Krise zum ersten Mal Angebote, die nicht in deutscher Sprache waren. Es braucht die Sicherung der Attraktivität für marginalisierte Gruppen, die bisher im Öffentlich-Rechtlichen zu kurz kommen. Eine gehörlose Besucherin war beispielsweise bei unserer grünen Landtagsveranstaltung zur Zukunft des dualen Systems, bei der unter anderem Daniel Rosemann von ProSiebenSat.1 sowie die Intendantin des Bayerischen Rundfunks da waren, aber mit Regina Ziegler auch die Filmwirtschaft vertreten war. Eine Wegrationalisierung von Unterhaltung würde auch bedeuten, dass eine wichtige Finanzierungssäule der bayerischen Filmbranche wegbricht.

(Unruhe)

Diese gehörlose Besucherin hat darauf hingewiesen, sie sei darauf angewiesen, dass es noch mehr und noch bessere barrierefreie Angebote gebe und dass diese auch gut zu finden sein müssten. Die Mediatheken des BR seien zwar im Augenblick quer durchsuchbar, aber nur von oben nach unten. Dort brauche es noch mehr und bessere Vernetzung sowie mehr Angebote, weil hier die Attraktivität steigen müsse.

Das bedeutet: Es ist unsere Aufgabe als Politik, bei der Definition der Aufgaben und des Auftrags genau hinzuschauen. Es liegt in der Macht dieses Bayerischen Landtags, die Kontrollgremien zu stärken, festzulegen, wie dieses Kontrollgremium ausgestattet ist, wer dahin entsandt wird, welche Gruppen darin vertreten sind. Es ist auch eine grüne Forderung, dieses Kontrollgremium paritätisch zur Hälfte mit Frauen auszustatten und dafür zu sorgen, dass die Zusammensetzung regelmäßig evaluiert wird.

(Alexander König (CSU): Ich dachte, es gibt mehr Frauen als Männer im Land!)

– Es sind nicht mehr Frauen als Männer, lieber Herr König. Es sind jetzt sogar weniger Frauen als in der letzten Legislaturperiode des Rundfunkrats. Vielleicht schauen Sie einmal rein. Ich dachte, die CSU wüsste da ein bisschen mehr.

(Alexander König (CSU): Sie haben mich falsch verstanden! Ich habe gesagt: Es gibt im Land mehr Frauen als Männer!)

– Dann müssten ja noch mehr weibliche Menschen im Rundfunkrat vertreten sein. Es freut mich sehr, dass Sie sich auch für Parität engagieren. Ich hoffe dann, von der CSU ein Gesetz zur Neubesetzung des Rundfunkrats zu bekommen, wo es um mehr Parität geht. Wir GRÜNE würden uns freuen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzte Frau Kurz von den GRÜNEN, es wundert mich übrigens überhaupt nicht, dass Sie hier den CSU-Minister Herrmann verteidigen. Sie haben vielleicht sogar gleiche Motive; das wäre zu ergründen.

Ich möchte Ihnen als GRÜNE einmal eine Frage stellen: Wie stehen Sie zu dem Dilemma, dass selbst unter den Wählern der GRÜNEN circa 40 % für eine Zusammenlegung von ARD und ZDF sind? Das hat gerade die Ipsos-Umfrage vom November 2022 ergeben. Darin sind diejenigen nicht enthalten, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk komplett abschaffen wollen. Sie als grüne Partei wollen aber

mit Ihren Zwangsabgaben gegen diese Wünsche der Wähler an der jetzigen Form des Rundfunks festhalten; das ist ja Ihre Position. Kann es sein, dass in den Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu viele Ihrer Freunde, Spezis und Unterstützer untergebracht sind und auch versorgt werden müssen?

(Beifall bei der AfD)

**Susanne Kurz (GRÜNE):** Wenn wir hier als Parlament Politik nach Umfragen machen würden, dann könnten wir alle gleich nach Hause gehen und die Parlamente abschaffen, weil es dann keine Wahlen mehr bräuhete.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Kollege Rainer Ludwig von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die öffentlich-rechtlichen Medien sind in den letzten Wochen und Monaten häufig selbst in die Schlagzeilen geraten:

(Unruhe)

Zunächst die Enthüllungen um die RBB-Intendantin Schlesinger, Gelder wurden veruntreut, Missstände unter den Teppich gekehrt, und Kontrollen haben versagt. Trotz aller Turbulenzen aber verfügen wir in Deutschland immer noch über eine der vielfältigsten und auch hochwertigsten Medienlandschaften der Welt, meine Damen und Herren. Die öffentlich-rechtlichen Medien tragen dazu maßgeblich bei.

Die Einhaltung allgemein anerkannter journalistischer Grundsätze wie ausgewogene, objektive, unabhängige, unparteiische, neutrale, wahrheitsgemäße und sorgfältig recherchierte Berichterstattung sowie die Wahrung persönlichkeitsachtender Standards sind das Markenzeichen des Öffentlich-Rechtlichen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und das ist gut so. Dies gilt umso mehr unter dem Aspekt der Digitalisierung und der destabilisierenden Informationsverbreitung durch das Internet. Ziel ist es, mit einem gediegenen Angebot für alle Teile der Gesellschaft dem Wandel der Mediennutzung Rechnung zu tragen und einen von öffentlich-rechtlichen Qualitätsmaßstäben geprägten offenen Kommunikations- und Debattenraum zu schaffen.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren von der AfD, genau damit erfüllt der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Integrationsfunktion in den Kernbereichen Information und Bildung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, aber eben auch in der Unterhaltung mit Kultur und Sport. Die Programmgestaltung fokussiert sich nicht alleine auf Mainstream- oder Quotenorientierung, sondern sie zeichnet sich durch Qualität, Innovation, Vielfalt, Differenzierung, eigene Impulse und multiple Sichtweisen aus. Im hier erst vor Kurzem an dieser Stelle diskutierten Dritten Medienänderungsstaatsvertrag wurden viele Stellen zeitgemäß nachgeschärft, konkretisiert und verbessert.

In dessen Artikel 1 wird sichergestellt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch künftig seinem verfassungsrechtlichen Kernauftrag für Vielfalt und Grundversorgung nachkommt, orientiert am Gemeinwohl und an der Allgemeinheit. Die demokraterelevante Funktion wird dort deutlich herausgehoben.

Meine Damen und Herren von der AfD, viele Sendeanstalten haben sich inzwischen selbst umfassende Reformen auferlegt – vielleicht ist Ihnen das entgangen

–, wollen effizienter werden, Kosten sparen, zum Beispiel durch Verschlanung in der Verwaltung, der Produktion, der Technik und der Redaktion, zum Beispiel durch ein flexibles Handling, ob Spartenangebote als eigenständige Kanäle weitergeführt, eingestellt, ausgetauscht oder ins Internet überführt werden. Auch die Modernisierung der Strukturen steht auf dem Programm. Durch die effiziente Zusammenführung der bislang eigenen Webauftritte und Mediatheken werden publizistische, technische und wirtschaftliche Synergieeffekte erzielt.

Meine Herren der AfD, auch die von Ihnen angesprochenen Aufsichtsgremien werden gestärkt. Zur besseren Transparenz und Überprüfbarkeit sollen anstaltsübergreifend harmonisierte, einheitliche und vergleichbare Maßstäbe gelten,

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

mit denen eine objektive Kontrolle der Einhaltung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie der Ressourceneffizienz ermöglicht wird. Entsprechende Maßnahmen sind also bereits und werden noch eingeleitet. Daher ist Ihr Antrag in Teilen überholt und somit überflüssig.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Er enthält auch etliche Fehleinschätzungen, meine Damen und Herren. Sie von der AfD fordern beispielsweise ein umfassendes Werbe- und Sponsoringverbot. Sie vergessen dabei völlig, dass Werbeeinnahmen neben den Rundfunkgebühren durchaus eine zweite wichtige Säule bei der Finanzierung und zur Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien darstellen.

Ich fasse abschließend zusammen: Sie verhehlen in Ihrem Antrag völlig, dass sich die Länderchefs bereits auf umfassende Reformen verständigt haben. Sie lassen unerwähnt, dass die Akteure bereits intensiv bestrebt sind, Kosten zu sparen.

(Alexander König (CSU): Man kann sich alles schönreden!)

Sie fordern ein vollständiges Werbeverbot, das völlig über das Ziel hinausschießt und womöglich am Ende noch auf den Gebührenzahler zurückfällt. Schließlich ist auch Ihre Forderung nach der inhaltlichen Reduzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf eine stark eingegrenzte Grundversorgung nicht mit Artikel 5 des Grundgesetzes vereinbar.

Wir sind stolz auf unsere breite, unabhängige, systemrelevante Medienlandschaft. Sie ist Garant für Meinungsvielfalt, Meinungspluralismus und für unser demokratisches Gesellschaftsprinzip. Dabei spielt der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine tragende Rolle. Dazu stehen wir. Sie von der AfD sind auf dem falschen Pfad. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Kollege Ludwig, es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen: die erste vom Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD.

**Ralf Stadler (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege Ludwig, Ihre Schwesterpartei, die CDU, hat sich in Thüringen gegen die Gendersprache ausgesprochen.

(Unruhe)

Finden Sie es in Ordnung, dass die mediale Elite sich weiterhin anmaßt, den Zuschauern gegen deren Willen die Gendersprache aufzuzwingen? – Ja, es war nicht



Ihre Schwesterpartei, sondern die der CSU; das ist klar. Aber die Frage hätte ich gerne einmal von Ihnen beantwortet.

**Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Stadler, in der Tat: Solange Sie die CDU mit den FREIEN WÄHLERN verwechseln, kann man Ihre Frage nicht ernst nehmen. Was die Gendersprache betrifft, haben wir an dieser Stelle schon andere Aussprachen gehabt. Dazu äußere ich mich jetzt an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung: von dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Bayerbach.

**Markus Bayerbach (fraktionslos):** Herr Kollege Ludwig, ein Stück weit widersprechen Sie sich selber, wenn Sie auf der einen Seite sagen, die öffentlich-rechtlichen Medien decken die Grundversorgung ab, und auf der anderen Seite die Breite der Aufstellung hervorheben.

Haben Sie Verständnis dafür, dass man hinsichtlich der Menge der Sender, die inzwischen betrieben werden, durchaus kritisch sein kann, und dafür, dass man ein Problem damit haben kann, dass zum Beispiel Teile der Bevölkerung jetzt ausgegrenzt werden, indem einzelne Sender nur noch mit HD zu sehen sind? HD hat bei Weitem nicht jeder.

**Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER):** Ich muss Ihnen ehrlich gestehen: Ich kann Ihre Frage nicht nachvollziehen, weil sie an der Realität vorbeigeht, und unter dem Aspekt will ich Ihnen keine Antwort darauf geben, weil Ihre Behauptung nicht zutrifft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Das Wort hat nun Frau Kollegin Inge Aures von der SPD-Fraktion.

**Inge Aures (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir, die SPD, stehen für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Umfangreiche Reformen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wurden in der letzten Zeit natürlich häufiger debattiert. Diese Debatte muss aber auch geführt werden, und wir werden sie für die Zukunft brauchen. Auch wir, die SPD, sehen Reformbedarf. Das Fehlverhalten von wenigen Einzelnen macht Veränderungen natürlich nötig, aber man muss es umfassend und vor allem transparent aufklären. Heute möchte ich deshalb noch einmal in aller Deutlichkeit sagen, dass es dabei wichtig ist, nicht zu vergessen, welchen Wert und welche Aufgaben der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich schon einmal reden darf, dann will ich auch, dass mir jemand zuhört.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal auf die Werte und die Wertschätzung hinweisen, die wir dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk schulden,

(Zuruf von der AfD: Schulden?)

nämlich zur freien Meinungs- und Willensbildung beizutragen und somit einen Grundpfeiler für unsere Demokratie zu unterstützen. Öffentlich-rechtliche Informationsangebote haben eine zentrale Schlüsselrolle in unserer Demokratie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, das hat sich gerade auch während der Corona-

Krise gezeigt. Der Rundfunkbeitrag trägt wesentlich dazu bei, die Qualität für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

(Alexander König (CSU): Ach was, Geldverschwendung!)

Der Rundfunkbeitrag schafft wichtige Bedingungen, um die Redaktionen gut auszustaffieren.

(Alexander König (CSU): Ausstaffieren, das ist der richtige Begriff!)

Somit können Journalistinnen und Journalisten fundierte Recherchen betreiben und journalistische Standards einhalten, ohne dass sie jeden Tag und ständig der Frage der Finanzierbarkeit ausgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): In Saus und Braus leben, das ist es!)

– Ja, Herr König, manchmal bringen die etwas, was Sie nicht gerne hören. – Wir, die SPD, sind hingegen für die Ausarbeitung zukunftssträchtiger und notwendiger Reformen. Wir sind für Transparenz. Wir unterstützen die Vielfalt und die Unabhängigkeit unserer Medien, und wir werden auch weiter dafür kämpfen. Die Medienschaffenden sind zu stärken, und sie sind nicht in ihrer wichtigen Aufgabe für die Gesellschaft zu beschneiden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unverzichtbar für unsere Demokratie. Wir, die SPD, lehnen diesen Antrag deshalb ab.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke. – Nächster Redner ist Kollege Helmut Markwort von der FDP-Fraktion.

(Alexander König (CSU): Die Reden sind alle vom Bayerischen Rundfunk!)

**Helmut Markwort (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen uns mit einem Antrag beschäftigen, der überflüssig und überholt ist. Er ist überflüssig, weil er im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst schon ausgiebig diskutiert und von allen Fraktionen außer der AfD abgelehnt wurde. Das wird sich heute wiederholen. Ich halte das für Zeitdiebstahl. Aus meiner Perspektive ist es sogar Diebstahl von Lebenszeit.

(Beifall bei der FDP)

Inhaltlich ist der Antrag, um es einmal hebräisch zu sagen, Tohuwabohu. Es sind vernünftige Dinge drin, aber auch wirres und schiefes Zeug. Es ist auch kein Antrag, es ist ein Appell an die Bayerische Staatsregierung. Aber auch eine bessere Regierung könnte mit diesem Antrag, mit diesem Appell, nichts anfangen.

Wir sind hier im Landtag schon weiter. Selbstverständlich braucht der öffentlich-rechtliche Rundfunk dringend eine Reform,

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

damit von diesen 8,4 Milliarden Euro mehr Geld ins Programm fließt und weniger in Verwaltung, Produktion und Technik.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Meine Fraktion hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sehr konkret ist und sich damit beschäftigt, wie wir vom Bayerischen Rundfunk aus – und nur den können wir hier beeinflussen – die Reform anstoßen. Wir verlangen eine Änderung der

Gremienzusammensetzung. Wir appellieren an die Anstalten, mehr zusammenzuarbeiten mit dem Ziel von Kompetenzzentren, wie sie auch die Intendantin des Bayerischen Rundfunks schon gefordert hat. EfA – einer für alle –, die Anstalten machen viel zu viel gleichzeitig.

Als Journalist freue ich mich aber, dass viele Kollegen vom RBB in eigener Recherche in letzter Zeit große Missstände aufgedeckt haben. Da sehen wir das Grundübel der öffentlich-rechtlichen Anstalten: Einerseits genießen sie die Privilegien der freien Wirtschaft mit hohen Gehältern und fürstlicher Bezahlung, andererseits nehmen sie gleichzeitig die Rechte der Beamten des öffentlichen Dienstes in Anspruch und sind unkündbar und haben eine tolle Altersversorgung.

(Alexander König (CSU): Die Wahrheit ist schmerzhaft, aber so ist es!)

Diese Kombination ist ein Problem. Ich habe CSU und FREIEN WÄHLERN auch zugestimmt: Wir werden hier zwei große Anhörungen haben, mit internationalem und mit deutschem Aspekt. Ich bin sicher, im März und im Juli werden wir Experten bekommen, damit die Reform des Rundfunks vorangetrieben wird. Die Bayerische Staatsregierung muss aber auch etwas tun. Ich finde es schade, dass Herr Herrmann, der für die Staatsregierung im Rundfunkrat sitzt und die Kommission leitet, sich noch nie dafür eingesetzt hat – jedenfalls nicht nach meiner Kenntnis –, dass der Saarländische Rundfunk und Radio Bremen beispielsweise abgeschafft werden. Das fordern inzwischen auch mein ARD-Kollege Ulrich Wickert und viele andere. Da sitzen die Ministerpräsidenten beieinander und trauen sich nicht, sich gegenseitig zu sagen: Geh mal von deinen Privilegien herunter!

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Das sind die großen Dinge, die wir in der Rundfunkreform verlangen. Dazu braucht man aber konkrete Schritte und keine Appelle.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, die wir in namentlicher Form durchführen. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD zustimmen möchte, der kann das jetzt maschinell tun. Ich eröffne die Abstimmung. Die Abstimmung beginnt, wir haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 16:46 bis 16:49 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Wir warten noch auf das Ergebnis. Das war der letzte Tagesordnungspunkt.

(Unruhe)

Ich sehe, dass Sie untereinander viel Redebedarf haben.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten!", Drucksache 18/24147, bekannt. Mit Ja haben 16 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 134 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 1. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich schließe die Sitzung. Wir sehen uns um 19:00 Uhr zur Weihnachtsfeier.

(Schluss: 16:51 Uhr)



**Anträge**

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Subnationale Diplomatie und Einflussnahme durch die Volksrepublik China: Wie gut ist Bayern vorbereitet?  
Drs. 18/23586, 18/25587 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)  
Risiken des forcierten Windkraftausbaus auf den Grund gehen: Umweltbelastungen durch SF6 und andere Betriebsmittel offenlegen  
Drs. 18/24113, 18/25591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)  
Sofortige und effektive Unterstützung für die bayerische Düngemittel- und Getränkeindustrie I: Bericht der Staatsregierung  
Drs. 18/24137, 18/25027

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

5. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)  
Sofortige und effektive Unterstützung für die bayerische Düngemittel- und Getränkeindustrie II: Unterstützungsmaßnahmen  
Drs. 18/24138, 18/25593 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)  
Schulfrühstücksprogramm endlich weiterentwickeln  
Drs. 18/24235, 18/25635 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Beschleunigungspotenzial beim Netzausbau heben –  
Genehmigungsverfahren in Regierungsbezirken einheitlich gestalten  
Drs. 18/24248, 18/25594 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Beschleunigungspotenzial beim Netzausbau heben –  
Zusätzliches Personal smarter einsetzen!  
Drs. 18/24249, 18/25595 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Beschleunigungspotenzial beim Netzausbau heben –  
Vorzeitigen Baubeginn beim Netzausbau ermöglichen!  
Drs. 18/24250, 18/25596 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>





14. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)  
Krisenschutz I – Kommunale Notfallleitpläne  
Drs. 18/24293, 18/25272 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Klarheit über Wasserverunreinigungen schaffen:  
Verursacherprinzip stringenter verfolgen!  
Drs. 18/24306, 18/25568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD  
Energiewende braucht eine starke Energieberatung für alle –  
Förderprogramm für bayerische Energieagenturen verlängern  
und ausweiten!  
Drs. 18/24318, 18/25600 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU Herabstufung des Schutzstatus der Saatkrähe  
Drs. 18/24325, 18/25567 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD) Ökosysteme bewahren und Ernährungssicherheit gewährleisten – Freiflächenphotovoltaikanlagen im Einklang mit Natur sinnvoll begrenzen  
Drs. 18/24337, 18/25566 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD) Stärkung der Verteidigerrechte – Änderung § 137 StPO  
Drs. 18/24353, 18/25502 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Dr. Stephan Oetzingler u.a. CSU  
Ertüchtigung des Verfahrens zur Feststellung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen  
Drs. 18/24424, 18/25503 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Meisterbonus weiterentwickeln  
Drs. 18/24437, 18/25601 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Aufnahmeeinrichtungen entlasten – private Unterbringung ermöglichen  
Drs. 18/24443, 18/25504 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einrichtung einer bayernweiten Datenbank zur Qualität und Menge von Trink- und Grundwasser  
Drs. 18/24518, 18/25565 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Verlängerung Ausfallfonds I & II  
Drs. 18/24520, 18/25603 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD  
Gemeinsam den Breitbandausbau in Bayern beschleunigen –  
„Breitbandgipfel“ einberufen  
Drs. 18/24525, 18/25604

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

26. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD  
Stromversorgung für die Zukunft sichern –  
Möglichkeiten für stationäre Großbatteriespeicher in Bayern prüfen  
Drs. 18/24526, 18/25605 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Täter-Opfer-Ausgleich in Bayern stärken  
Drs. 18/24527, 18/25505 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Forschung für Klimaschutz stärken:  
institutionelle Förderung für das ZAE wieder aufnehmen  
Drs. 18/24536, 18/25606 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Promotionsstipendium für forschende Hebammen einführen!  
Drs. 18/24550, 18/25575 (A)

Auf **Antrag der AfD-Fraktion** Votum des mitberatenden Ausschusses  
für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. AfD  
Regionale Schlachtbetriebe erhalten –  
Metzgerhandwerk wieder beleben  
Drs. 18/24552, 18/25564 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

31. Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)  
Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken!  
Drs. 18/24569, 18/25602 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>





40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Arbeits- und Ausbildungsverbote aufheben –  
Aufhaltungsperspektive ermöglichen  
Drs. 18/24664, 18/25506 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Interkulturalität, Serviceorientierung und Weltoffenheit in den  
bayerischen Ausländerbehörden  
Drs. 18/24665, 18/25507 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht über die aktuelle Situation in Flüchtlingsunterkünften  
Drs. 18/24666, 18/25508 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Grünen Wasserstoff voranbringen – Kläranlagen zu wichtigen  
Bausteinen im Energiesystem entwickeln  
Drs. 18/24669, 18/25599 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>





48. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,  
Diana Stachowitz, Christian Flisek u.a. SPD  
Beitragszuschuss für Angebote der Kindertagespflege  
Drs. 18/24879, 18/25514 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Doris Rauscher,  
Margit Wild u.a. SPD  
Unterstützung für die Jugendarbeit in Bayern  
Drs. 18/24886, 18/25515 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Städte- und Gemeindepartnerschaften mit der Ukraine ausbauen  
und stärken  
Drs. 18/25045, 18/25629 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

51. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl,  
Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),  
Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU  
Auszahlung vermiedener Netzentgelte bei dezentraler Einspeisung  
aus EE-Anlagen und Energiespeichern erhalten  
Drs. 18/25630, 18/25680 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2022 zu Tagesordnungspunkt 4: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften; hier: Wirksames Klimaschutzprogramm und Anpassungsstrategie; (Drs. 18/23363) (Drucksache 18/24654)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus	X			<b>Enghuber</b> Matthias		X	
<b>Adje</b> Benjamin	X			<b>Fackler</b> Wolfgang		X	
<b>Aigner</b> Ilse		X		Dr. <b>Faltermeier</b> Hubert		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert				<b>Fehlner</b> Martina			
<b>Arnold</b> Horst	X			<b>Fischbach</b> Matthias		X	
<b>Atzinger</b> Oskar		X		<b>Flierl</b> Alexander		X	
<b>Aures</b> Inge	X			<b>Flisek</b> Christian			
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Franke</b> Anne	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X		<b>Freller</b> Karl			
<b>Bauer</b> Volker		X		<b>Friedl</b> Hans		X	
<b>Baumgärtner</b> Jürgen				<b>Friedl</b> Patrick			
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X		<b>Fuchs</b> Barbara	X		
<b>Bayerbach</b> Markus		X		<b>Füracker</b> Albert			
<b>Becher</b> Johannes	X			<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Becker</b> Barbara		X		<b>Gerlach</b> Judith			
<b>Beißwenger</b> Eric		X		<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Bergmüller</b> Franz		X		<b>Glauber</b> Thorsten		X	
<b>Blume</b> Markus		X		<b>Gotthardt</b> Tobias		X	
<b>Böhm</b> Martin		X		<b>Gottstein</b> Eva		X	
<b>Bozoglu</b> Cemal	X			<b>Graupner</b> Richard		X	
<b>Brandl</b> Alfons		X		<b>Grob</b> Alfred		X	
<b>Brannekämper</b> Robert		X		<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		<b>Guttenberger</b> Petra			
von <b>Brunn</b> Florian	X			<b>Häusler</b> Johann		X	
Dr. <b>Büchler</b> Markus	X			<b>Hagen</b> Martin			
<b>Busch</b> Michael				Prof. Dr. <b>Hahn</b> Ingo		X	
<b>Celina</b> Kerstin	X			<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
Dr. <b>Cyron</b> Anne		X		<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Deisenhofer</b> Maximilian				<b>Hauber</b> Wolfgang		X	
<b>Demirel</b> Güleren	X			<b>Haubrich</b> Christina	X		
<b>Dorow</b> Alex				<b>Hayn</b> Elmar	X		
<b>Dremel</b> Holger		X		<b>Henkel</b> Uli		X	
<b>Dünkel</b> Norbert				<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Duin</b> Albert				Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Ebner-Steiner</b> Katrin		X		<b>Herrmann</b> Joachim		X	
<b>Eck</b> Gerhard		X		Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Eibl</b> Manfred		X		Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X		<b>Hierneis</b> Christian	X		
<b>Eisenreich</b> Georg		X		<b>Hiersemann</b> Alexandra	X		
<b>Enders</b> Susann		X		<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
				<b>Högl</b> Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin			
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas	X	X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Urban</b> Hans			
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Waldmann</b> Ruth			
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Winter</b> Georg			
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
<b>Zwanziger</b> Christian	X		
<b>Gesamtsumme</b>	46	109	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2022 zu Tagesordnungspunkt 5: Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger und Fraktion AfD; Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten! (Drucksache 18/24147)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus		X		<b>Enghuber</b> Matthias		X	
<b>Adjei</b> Benjamin				<b>Fackler</b> Wolfgang		X	
<b>Aigner</b> Ilse				Dr. <b>Faltermeier</b> Hubert		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert				<b>Fehlner</b> Martina			
<b>Arnold</b> Horst		X		<b>Fischbach</b> Matthias		X	
<b>Atzinger</b> Oskar	X			<b>Flierl</b> Alexander		X	
<b>Aures</b> Inge		X		<b>Flisek</b> Christian			
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Franke</b> Anne		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X		<b>Freller</b> Karl			
<b>Bauer</b> Volker		X		<b>Friedl</b> Hans		X	
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X		<b>Friedl</b> Patrick			
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X		<b>Fuchs</b> Barbara		X	
<b>Bayerbach</b> Markus	X			<b>Füracker</b> Albert			
<b>Becher</b> Johannes		X		<b>Gehring</b> Thomas		X	
<b>Becker</b> Barbara		X		<b>Gerlach</b> Judith			
<b>Beißwenger</b> Eric		X		<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Bergmüller</b> Franz	X			<b>Glauber</b> Thorsten		X	
<b>Blume</b> Markus				<b>Gotthardt</b> Tobias		X	
<b>Böhm</b> Martin	X			<b>Gottstein</b> Eva			
<b>Bozoglu</b> Cemal		X		<b>Graupner</b> Richard	X		
<b>Brandl</b> Alfons		X		<b>Grob</b> Alfred		X	
<b>Brannekämper</b> Robert		X		<b>Güller</b> Harald		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		<b>Guttenberger</b> Petra			
von <b>Brunn</b> Florian				<b>Häusler</b> Johann		X	
Dr. <b>Büchler</b> Markus		X		<b>Hagen</b> Martin		X	
<b>Busch</b> Michael				Prof. Dr. <b>Hahn</b> Ingo	X		
<b>Celina</b> Kerstin		X		<b>Halbleib</b> Volkmar		X	
Dr. <b>Cyron</b> Anne	X			<b>Hartmann</b> Ludwig		X	
<b>Deisenhofer</b> Maximilian				<b>Hauber</b> Wolfgang		X	
<b>Demirel</b> Güleren	X			<b>Haubrich</b> Christina		X	
<b>Dorow</b> Alex				<b>Hayn</b> Elmar		X	
<b>Dremel</b> Holger		X		<b>Henkel</b> Uli	X		
<b>Dünkel</b> Norbert				<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Duin</b> Albert				Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Ebner-Steiner</b> Katrin	X			<b>Herrmann</b> Joachim			
<b>Eck</b> Gerhard		X		Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Eibl</b> Manfred		X		Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang		X	
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X		<b>Hierneis</b> Christian		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X		<b>Hiersemann</b> Alexandra		X	
<b>Enders</b> Susann				<b>Hintersberger</b> Johannes	X		
				<b>Högl</b> Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	



Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele		X	
<b>Urban</b> Hans			
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Waldmann</b> Ruth			
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland		X	
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit		X	
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	16	134	1